Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Fernspr.: Redaktion Nr. 264 u. 23, Geschäftsst. Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pfg.; bei Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften usw., Vereine und Behörden 25 Pfg.).
Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk.

Gebühr für Beilagen wird nach Gewicht berechnet.

Erste Ausgabe. 2. Blatt. | Donnerstag, 1. Februar 1912. | 61. Jahrgang. Nr. 76.

Stadtverordneten-Versammlung.

Münster, 31. Januar 1912.

Anwesend vom Kollegium: Kayser, Stadtverordneten-Vorsteher, Gaßmann, Stellvertreter des Vorstehers, Dr. Bäumer, Beckmann gnt Hovestadt, Beisenkötter, Hermann Böckmann, Breuer, Clement, Deckwitz, Dortants, Dröge, Ebert, Falger, Feibes, Frieling, Hochherz, Holle, Hüffer, Humperdinck, Dr. Kahle, Dr. Kaßner, Kaufmann, Kirchhoff, Kluxen; Kruip, Dr. Linneborn, Löffen, Vietring, Nillies, Overdiek, Peus, Dr. Reiche, Schiller, Schmedding, Schulze Steinen, Simons, Stroetmann, Tumbrink, Warnecke, Wischmann, Lödiger, Wieskötter gnt. Mertens, Zarnitz.

Mit Entschuldigung fehlten: Dr. Wurst, Camps, Eggert, Wenking, Dieckmann, Wilhelm Böckmann.

Anwesend vom Magistrat: Erster Beigeordneter Dieckmann, Stadtsyndikus Darius, Stadtbaurat Tormin, Stadtbaurat Schirmeyer, Stadtkämmerer Dr. Sperlich.

Eingänge.

Die Freiwillige Feuerwehr lädt zu ihrem am Samstag, den 3. Februar, stattfindenden Stiftungsfeste ein.

Stadtv. Kruip unterstützt diese Einladung.

Auf Antrag des Stadtv. Deckwitz wird der Punkt der Tagesordnung wegen Errichtung der Tonhalle an den Schluß der Sitzung gesetzt.

Bewilligung der Kosten für eine Feuerwehr-Motorspritze.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 15. November die Beschlußfassung über die Anschaffung einer Motorfeuerspritze ausgesetzt und angeregt, zunächst die hierorts interessierten Feuerversicherungs-Gesellschaften um Beitragsleistungen anzugehen.

Die Provinzial-Feuer-Sozietät hatte, wie erinnerlich sein wird, einen Beitrag zugesichert und zwar mindestens in doppelter Höhe von dem, was alle anderen Gesellschaften zusammen leisten würden. Die Anfragen an diese Gesellschaften sind nunmehr durch die Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privat-Feuerversicherungs-Gesellschafetn in Berlin beantwortet worden. Außerdem hat die hiesige Generalagentur der Oldenburger Versicherungsgesellschaft noch besonders geantwortet.

Die Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften schreibt unterm 15 Januar durch ihren Generalsekretär Dr. Ziegler-Berlin: Der verehrliche Magistrat der Stadt Münster wandte sich unterm 29. November 1911 an dort vertretene Feuerversicherungs-Gesellschaften wegen Gewährung eines Beitrages zur Beschaffung einer Automobilfeuerspritze im Werte von 32 000 Mark. So sehr die Verbesserung des Löschwesens und aller damit zusammenhängenden Einrichtungen zur wirksamen Bekämpfung der Brände im allgemeinen Interesse liegt, so müssen doch die Feuerversicherungs-Gesellschaften, insbesondere angesichts der außerordentlich zahlreichen Anträge auf Beitragsbewilligungen, in erster Linie ihre satzungsgemäßen, auf die Gewährung von Versicherungsschutz gerichteten Zwecke im Auge behalten.

In dem umfangreichen Schreiben, das hier nicht im Wortlaut abgedruckt werden kann, lehnt die Vereinigung es ab, dem Ersuchen des Magistrats Folge zu leisten. Sie begründet ihre Ablehnung damit, daß eine materielle Unterstützung des öffentlichen Feuerlöschwesens in den Satzungen der Feuerversicherungsgesellschaften regelmäßig nicht vorgesehen ist, sondern diesen nur die reine Brandschadenregulierung obliegt. An einer Vergrößerung der die Feuersgefahr hindernden Momente hätten die Gesellschaften nur insofern ein Interesse, als sich dadurch der Einzelbeitrag der Versicherten von Fall zu Fall abstufe. In erster Linie seien also die Versicherungsnehmer an einer guten Löschvorrichtung interessiert. Die Versicherungsgesellschaften erachten es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Erhöhung der Feuersicherheit zu betreiben, aus der Erwägung heraus, daß bei einer Verbilligung der Prämiensätze das erstrebenswerte Ziel, die Feuerversicherung mehr wie bisher Gemeingut des Volkes werden zu lassen, eher erreicht werde. Überblickt man von den angedeuteten Gesichtspunkten aus das Wesen und die Organisation der Feuerversicherung, und erwägt man, daß der Versicherungsbetrieb auf den Gefahrenausgleich zwischen Hunderttausenden von Objekten beruht, der Einzelfall zwar an sich seine Bedeutung behält, aber im Gesetz der großen Zahl aufgeht, so muß man zu der Überzeugung gelangen, daß die Abzweigung eines Teiles des Prämien-Einkommens zu Gunsten der Unterhaltung von Feuerlöscheinrichtungen mit den Grundsätzen und der Technik dieses Wirtschaftszweiges im Widerspruch steht. Unter bestimmten Voraussetzungen, namentlich im Falle außergewöhnlicher Bedürftigkeit eines Gemeinwesens und zahlreicher in diesem Gemeinwesen ansässigen Versicherungsnehmer eines Versicherers würden sich seinerseits Zuwendungen zu den Feuerlöschkosten rechtfertigen lassen, im Regelfalle würde davon Abstand zu nehmen sein Es wäre auch nicht abzusehen, welche Belastung der Feuerversicherung aus einer auch nur teilweisen Unterhaltung des Löschwesens erwachsen würde. Die jährlich durch Brand zerstörten Werte wachsen unablässig. Nach der vom königlich preußischen statistischen Landesamt in Berlin herausgegebenen Statistik belief sich im Jahre 1881 in Preußen die Brandschadensumme auf 54 Millionen Mark und stieg ständig bis 100 Millionen im Jahre 1909. Im Jahre 1904 betrug die Summe 104 Millionen und in dem äußerst brandreichen Jahre 1911 wird sie sich noch viel höher stellen. Dann heißt es in dem Schreiben weiter, daß der Aufschwung des gesamten wirtschaftlichen Lebens für die Versicherungen eine Erhöhung ihres Besitzstandes und eine Erhöhung ihres Obligos bedeute, für die Gemeinden aber eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit (also auch der steuerlichen) ihrer Einwohner sei. In den Jahren 1904—1908 — der Periode günstigen Schadenverlaufs — erzielten die deutschen Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaften aus ihrer Prämien-Einnahme einen durchschnittlichen Gewinn von 6,4 Prozent. Eine Belastung der Gesellschaften mit Beihülfen zu schlagfertigen Feuerwehren würde eine ernste Gefährdung des Feuerversicherungsbetriebes zur Folge haben. Die Frage der Beitragsleistung der Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Löschkosten ist schon häufig geprüft worden, auch seitens der preußischen Regierung, die jedoch auch einen ablehnenden Standpunkt einnimmt Die Vereinigung wendet sich dann gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr Jungeblodt in der Sitzung vom 15. November, in denen er u. a. sagte, er habe ein Schreiben gelesen, in dem eine Versicherungs-Gesellschaft direkt einem Kunden mitteilt: „Wir ersuchen Sie, die Stadt zu veranlassen, eine Berufsfeuerwehr und so und soviel Dampfspritzen anzuschaffen (Hört, hört!); dann werden wir Ihre Police von ½ auf ¼ Prozent heruntersetzen können."

Zu vorstehenden, wohl aus dem Zusammenhang gerissenen Worten würde zu bemerken sein, daß nach aller Erfahrung selbst die vorzüglichsten Löscheinrichtungen größere Brände nicht zu verhindern vermögen. Was ferner die Angabe anlangt, daß es bekannt sei, daß die Feuerversicherungen meistens viel zu hoch seien, damit man die Hypotheken oder den Wert des Hauses scheinbar in die Höhe bringt, so enthält diese Angabe einen Widerspruch in sich selbst, denn wenn bekannt ist, daß zur Erlangung höherer Beleihungen pp. Überversicherungen üblich sind, so wird von niemandem und am wenigsten von einem Geldgeber der Wert eines Grundstückes nach der Versicherungssumme des darauf befindlichen Gebäudes eingeschätzt werden. In Wirklichkeit liegen auch die Verhältnisse umgekehrt. Wohl kommen einzelne Fälle von Überversicherungen bei Gebäuden vor, indes verleitet das Streben nach Prämienersparnis leider die Versicherungsnehmer nur zu häufig, die Versicherungssumme zu niedrig zu wählen, so daß sich im Schadenfalle eine Unterversicherung ergibt. Wenn also eine Versicherungs-Gesellschaft einem Versicherten erklärt hat, daß sie bei Einrichtung einer Berufsfeuerwehr und Anschaffung von Dampfspritzen die Police von ½ auf ¼ Prozent heruntersetzen könne, so liegt darin die Bestätigung, daß bei Verbesserungen des Löschwesens das Prämienniveau herabgeht.

Zurückkommend auf die gewünschte Beitragsleistung zur Beschaffung einer Automobilfeuerspritze, können wir auch zu diesem Ersuchen nur darauf hinweisen, daß in erster Linie ein Interesse an der schnellmöglichsten Unterdrückung von Bränden die Stadt Münster und deren Bewohner haben. Werden in Münster zufällig innerhalb eines Jahres mehrere Etablissements durch Feuer eingeäschert, so hat der Betriebsstillstand für die industriellen Gewinnausfälle und für die Stadt steuervermindertes Einkommen und damit eventuell die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kommunalzuschläge zur Folge. Ebenso könnte sich eine Steigerung der Armenlasten für beschäftigungslos gewordene Arbeiter bemerkbar machen und Kaufleute sowie Gewerbetreibende würden unter der verminderten Kaufkraft zu leiden haben. Ungenügende Feuerlöschverhältnisse in Münster dürften auch in der Richtung nachteilig für die Stadt wirken, daß von der Errichtung größerer Fabriken und sonstiger Anlagen abgesehen wird und daß Hypothekenbanken und andere Geldgeber sich von einer notorisch unzureichend gegen Feuersgefahr geschützten Stadt zurückziehen. — Den verehrlichen Magistrat bitten wir hiernach ergebenst, als Erwiderung der von ihm wegen der Beitragsleistung angegangenen Gesellschaften unserer Vereinigung von der Erklärung geneigtest Kenntnis zu nehmen, daß, wenn auch die eine oder andere unserer Gesellschaften zur Leistung eines Beitrages bereit ist, die weitaus überwiegende Mehrzahl der Gesellschaften es sich doch aus den angegebenen Gründen versagen muß, dem Ersuchen des verehrlichen Magistrats zu willfahren.

Die Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft in Oldenburg (General-Agentur Münster: C. W. Boller) stellt sich in ihrem Schreiben vom 15. Januar auf den gleichen Standpunkt wie die vorgenannte Vereinigung. Es heißt in dem Schreiben: „Es würde einer doppelten Belastung der Versicherungs-Gesellschaften gleichkommen, wenn einerseits zu den Kosten des Löschwesens Leistungen stattfinden, andererseits die Prämie infolge der Verbesserungen des Löschwesens herabgesetzt werden sollen Die Prämiensätze in den Großstädten sind zum Teil auf ein Niveau gesunken, daß hierdurch die Rentabilität des Feuer Versicherungs-Geschäftes in Frage gestellt ist. Auch der Stadt Münster sind wir hinsichtlich der noch bei unserer Gesellschaft laufenden Schulversicherungen in jeder Weise z. Zt. entgegengekommen dadurch, daß wir die Prämie auf den sehr geringen Satz von ⅓ Proz. herabgesetzt haben. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Gesellschaft auch nur einen größeren Prozentsatz der an sie gelangenden Ansuchen berücksichtigt, denn alljährlich gehen ca. 1000 Gesuche von Gemeinden und Feuerwehren wegen Gewährung von Beihilfen zur Anschaffung von Löschmitteln ein. Würden derartige Ansuchen regelmäßig bewilligt, dann würden die Feuerversicherungen mit ganz unverhältnismäßigen Mehrkosten belastet, deren Aufbringung ohne eine beträchtliche Erhöhung der jetzt üblichen Prämiensätze garnicht möglich wäre. Verhalten sich die öffentlichen Feuer-Sozietäten manchmal anders, so ist ein Vergleich der Beitragsleistung um deswillen nicht angängig, weil die Sozietäten vermöge der Ihnen zustehenden Vorrechte hinsichtlich der Besteuerung, der Stempelpflicht pp. an die Gemeinden weit geringere Abgaben zu leisten haben, wie die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften einschließlich ihrer Organe Das spricht doch mit, es läge für den Magistrat eher Veranlassung vor, sich an diejenigen Gesellschaften zu wenden, welche in Münster keine General-Agentur unterhalten, also auch keine Steuern bezahlen — und dennoch erhebliche Prämienbeträge aus ihrem Münsterschen Geschäft beziehen Dazu kommt, daß früher nahezu sämtliche katholische Schulen in Münster infolge unseres niedrigen Prämiensatzes bei uns versichert waren, der Magistrat uns jedoch seit 1908 eine ganze Reihe von Risiken entzogen und der Provinzial-Sozietät übertragen hat.

Aus unseren Ausführungen ist zu ersehen, daß sich ein Ansuchen, um einen Beitrag zum Löschwesen zu gewähren, in keiner Weise begründen läßt. Wenn unsere Gesellschaft aber sichere Aussicht hätte, außer der jetzigen schweren Versicherung des Stadttheaters pp. die besseren städtischen Risiken zu bekommen oder daran beteiligt zu werden, wäre unsere Gesellschaft dennoch bereit, der Stadt eine Beihilfe zur Anschaffung einer automobilen Motorspritze zu gewähren, und zwar würde dieselbe bis zur Höhe von 500 Mark gehen — könnte sich jedoch an diese Summe nicht binden, wie sie überhaupt ihre definitive Entscheidung so lange zurückhalten müßte, bis sie Gewißheit habe, auch an den besseren von der Stadt zu versichernden Risiken betätigt zu werden.

Referent Stadtv. Prof. Dr. Kahle weist darauf hin, daß die Schreiben der Versicherung eine glatte Ablehnung bedeuten, wenn auch eine Versicherung unter gewissen Zugeständnissen Bereitwilligkeit gezeigt habe. Die Rechnungskommission empfehle, so bedauerlich die Ablehnung der Versicherungen sei, doch die Anschaffung der Motorspritze. Der Betrag von 32 000 Mark soll aus dem Sparkassen-Reingewinn entnommen werden.

Stadtv. Kruip bedauert, daß die Provinzialhauptstadt an die Versicherungen herangetreten sei. Er führt aus: Ich bin der Meinung, wenn die Stadt Münster sich solche Anlagen beschafft, dann wird, sie auch in der Lage sein, sie zu bezahlen. (Lebh Oho!) Wir nehmen nämlich mit der Annahme der Unterstützung auch Verpflichtungen auf uns.

Stadtv Prof Dr. Kahle wendet sich gegen diese Auffassung des Redners. Damals habe das Kollegium einstimmig den Beschluß gefaßt an die Versicherungen heranzutreten. Es ist nicht ein Geschenk, das wir annehmen: es liegt doch auch im Interesse der Feuerversicherungsgesellschaften, wenn wir die Motorspritze bekommen, weil durch sie großen Bränden wirksam vorgebeugt werden und jeder Brand leichter bekämpft werden kann.

Stadtv. Peus: Ich bin der Meinung, daß wir das Geld, das wir bekommen können, annehmen sollen. Aber soweit ich orientiert bin, soll die Stadtverordneten-Versammlung 32 000 Mark für eine Automobil Dampfspritze bewilligen. Es ist aber nicht gesagt, welcher Art die Dampfspritze sein, welches System gewählt werden soll. Wahrscheinlich handelt es sich hier wohl um eine Anlage, die den Anfang eines ganzen Löschzuges bildet. Ich möchte bestimmte Angaben darüber haben, wer das System aussucht. Bei der ersten Spritze haben wir m. W. mitbestimmt.

Stadtbaurat Tormin: Der Vorredner hat mit seiner Bezeichnung einer automobilen Dampfspritze schon einen ganz bestimmten Typ genannt. Inzwischen haben sich die Brandkommission und der Magistrat mit der Frage befaßt, und ich bin eigens nach Berlin gefahren, um mit dem Branddirektor Reichel die Angelegenheit zu besprechen. Er hat mir eine automobile Dampfspritze mit einem Dampfkessel empfohlen, wie man sie schon in Berlin gebraucht und nach und nach 145 Stück anzuschaffen gedenkt. Es handelt sich doch bei dieser ersten Spritze darum, daß wir etwas Zuverlässiges bekommen, und ich bin der Meinung, daß wir uns hier auf die Auskunft des Branddirektors Reichel wohl verlassen können, der mir die Spritze empfohlen hat. Die Brandkommission und der Magistrat haben sich für die Anschaffung einer solchen automobilen Dampfspritze entschlossen. Ein Feuerwehroffizier aus Berlin wird die Maschine abnehmen.

Die Vorlage wird angenommen.

Neuwahl von Mitgliedern zur städtischen Betriebskommission.

Die Wahlperiode der als Mitglieder der zur städtischen Betriebskommission (Kommission der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke) gewählten Stadtverordneten Falger, Kirchhoff, Dr. Linneborn, Dr. Kaßner und Dr. Wurst läuft mit dem 1. April 1912 ab Es ist deshalb für eine neue, mit dem 1. April 1912 beginnende dreijährige Wahlperiode eine Neuwahl vorzunehmen.

Dieser Punkt lag schon der vorigen Sitzung vor, wurde aber vertagt, um einen weiteren Kaufmann in die Kommission wählen zu können. An Stelle des Herrn Kirchhoff, der wiederholt gebeten hat, aus dieser Kommission ausscheiden zu dürfen, wird der Stadtv. Kaufmann Feibes gewählt; die übrigen Herren werden wiedergewählt.

Erweiterung der Maschinenanlagen des Elektrizitätswerkes.

Der Magistrat schreibt: Die Maschinenanlage unseres Elektrizitätswerkes muß bis zum nächsten Spätherbst eine Erweiterung erfahren, damit die für den Betrieb erforderliche Sicherheit gewährleistet ist. Im laufenden Winterbetrieb ist der Höhepunkt der Inanspruchnahme des Werkes bereits überschritten. Die höchste Betriebsleistung war erforderlich am 13. Dezember, und zwar betrug an diesem Tage die maximale Gleichstrombelastung 1410 Kilowatt, die gleichzeitig auftretende Drehstrombelastung 610 Kilowatt, zusammen 2020 Kilowatt. Für diese Inanspruchnahme standen an Betriebsmitteln zur Verfügung unter Außerbetrachtlassung der für die Bahnstromerzeugung erforderlichen Maschine: 2 Gasdynamos zu je 350 Kilowatt = 700 Kilowatt, 3 Gasdynamos zu je 160 Kilowatt = 480 Kilowatt, 1 Turbo-Dynamo = 1250 Kilowatt, zusammen 2430 Kilowatt. Die Reserve betrug also nur 2430 — 2020 = 410 Kilowatt. Da die Reserve einer Maschinenanlage zweckmäßig so bemessen wird, daß auch bei einer aus irgend welchen Gründen notwendig werdenden Ausschaltung des größten Maschinennetzes eine Betriebseinschränkung nicht erforderlich wird, so ergibt sich schon die für den augenblicklichen Betrieb noch verfügbare Reserve als eine sehr schwache. Die in der AkkumulatorenBatterie für kurze Zeit zur Verfügung stehende Reserve von 328 Kilowatt kann hier nicht mitgerechnet werden. Im nächsten Winter ist mit Sicherheit auf eine weiter steigende Inanspruchnahme des Werkes zu rechnen und müssen jetzt die für einen gesicherten Betrieb erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden. Von der Betriebsverwaltung wird nun die Erweiterung der Anlage um ein zweites Turbo-Aggregat (Dampfturbine, direkt gekuppelt mit einer Gleichstrom- und Drehstrom-Turbine) in Vorschlag gebracht, und zwar von gleicher Leistung (1500 PS.) wie das zuletzt beschaffte, welches sich in dem nunmehr neunmonatlichen Betrieb sehr gut bewährt hat.

Neben der Aufstellung des Turbo-Aggregates ist alsdann der Ausbau der Kohlenbunkeranlage um 2 Bunker, der Dampfkesselanlage um 1 Wasserröhrenkessel und der Ekonomiseranlage um einige Register erforderlich Desgleichen muß die Schaltanlage entsprechend erweitert werden.

Wir haben dem von der Betriebskommission gutgeheißenen Vorschlag der Betriebsverwaltung zugestimmt und bitten die verehrliche Versammlung, die Erweiterung des Werkes, wie vorgeschlagen, gefälligst beschließen und die Deckung der Kosten im Gesamtbetrage von 220 000 Mark aus Anleihemitteln genehmigen zu wollen.

Der beigefügte Kostenanschlag fordert für die Bunkeranlage 8900 Mark, Kesselanlage 44 250 Mark, Ekonomisieranlage 7500, Maschinenanlage 133 500 Mark (die Turbine allein kostet 116 000 Mark), Schaltanlage 5000 Mark, Betondecke 2500 Mark, Pflasterarbeit ꝛc. 3000 Mark und Allgemeines (Bauzinsen ꝛc. und zur Abrundung) 15 850 Mark.

Referent Stadtv. Falger: Die Betriebskommission, ebenso die Rechnungskommission, empfehlen die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Schmedding fragt, warum die Kosten für die neue Turbine, wenigstens nicht ein Teil, dem Erneuerungsfonds, der jetzt 470 800 Mk. beträgt, entnommen wird.

Stadtv. Deckwitz: Wir sollen jetzt wieder 220 000 Mk. bewilligen. Da ist es doch wohl recht und billig, wenn wir jetzt mal wieder dringend bitten, endlich einen Betriebsbericht zu erhalten Der letzte, den wir erhalten haben, ist vom 31. März 1909. In der Vorlage steht, daß die Maschine im Spätherbst geliefert werden soll. Wir müssen, durch die Erfahrungen bei den früher beschafften Maschinen gewitzigt, eine bestimmte Frist festsetzen. Dann möchte ich mir die Frage erlauben, was wäre geschehen, wenn der vor acht Tagen erfolgte Bruch des Kammlagers am 13. Dezember geschehen wäre. Wenn wir in dieser Art weiter unser Elektrizitätswerk ausgestalten, dann bekommen wir wie bisher Flickwerk. Redner bemängelt dann einige Zahlen des Kostenanschlages, so für Fundamentierung, Pflasterarbeiten und Bauzinsen. Nach seinem Empfinden könnte von den 220 000 Mark eine Summe gestrichen werden. Er bitte aber doch, die Summe in der geforderten Höhe zu bewilligen, aber mit gleichzeitiger Annahme folgenden Antrages: „Die Versammlung beschließt, die Magistratsvorlage anzunehmen, erwartet aber, daß ihr innerhalb 3 Monaten die Abrechnung über die 600pferdige Gasmaschine und die erste Turbine vorgelegt wird und erwartet, daß ihr über die jetzt zu beschaffende Turbine ebenfalls innerhalb 3 Monaten nach ihrer Inbetriebsetzung Abrechnung vorgelegt wird.

Stadtv. Hüffer: Ich will nicht gegen die Vorlage sprechen; ich bin aber durch das Begleitschreiben nicht überzeugt, ob die Neuanlagen notwendig sind. Ich glaube das jedoch wohl. Je mehr Geld wir in das Werk stecken, desto dringender muß dafür gesorgt werden, daß die Anlagen besser ausgenutzt werden. Was nützt es einer Fabrik, wenn sie sich technisch auf die Höhe bringt, aber nicht dafür sorgt, ihre Fabrikate in richtiger Weise abzusetzen. Wenn sie das nicht tut, macht sie Pleite. Das kann nun zwar unser Elektrizitätswerk nicht, da es keine Konkurrenz hat. Es zeigen sich aber die Folgen in anderer Weise und zwar dadurch, daß die Abnehmer hohe Preise zahlen müssen und das Werk trotzdem keine wünschenswerte Rentabilität aufweist. In den letzten Jahren ist mehrfach auf Fehler, die früher gemacht seien, hingewiesen worden. Es ist gut, wenn man aus den Fehlern anderer lernt, aber es ist ebenso wünschenswert, wenn man aus dem, was früher gutes geleistet ist, die richtigen Lehren zu entnehmen weiß. Der verstorbene Stadtrat Theißing bewies einen guten kaufmännischen Blick, als er das Gas zu gewerblichen Zwecken nutzbar machte und den Preis von 18 auf 10 Pf. herabsetzte. Auch durch Ausstellungen wurde das Publikum für die Neuerung interessiert. Redner verliest die betreffenden Zahlen der Konsumsteigerung des Gaswerks und zieht daraus die Schlußfolgerung, daß auch für die Rentabilität des Elektrizitätswerks in ähnlicher Weise gesorgt werden müsse. Bei einem Tarife, welcher den Strom außerhalb der abendlichen Sperrstunden billiger abgebe, würde eine gleichmäßige Benutzung der Anlagen herbeigeführt, die Selbstkosten des Werkes pro Kilowattstunde würden sinken und das Werk rentabler arbeiten.

Stadtv. Falger protestiert als Mitglied der Betriebskommission gegen die Bezeichnung des Werkes mit Flickwerk durch den Stadtv. Deckwitz. Jedes Werk, also auch das unsrige, hat alte Maschinen, die zu Reservezwecken benutzt werden. Die alten Maschinen sind aber auch durchaus kein Flickwerk.

Stadtv. Prof. Dr. Kahle will nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur Bemerkungen allgemeiner Art machen. Redner nimmt Bezug auf ein heute sämtlichen Stadtverordneten zugegangenes Schreiben „Mehrerer Bürger" zu diesem Punkt. Das Schreiben schließt: Ob die Herren Stadtverordneten dieses Geld bewilligen, ohne wenigstens die Berichte v. 1909/10 gesehen zu haben? Wir wollen sehen! Redner sagt: Ich bin der Meinung, daß wir bewilligen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Anschaffung dringend nötig ist. Die Verwaltung eines Elektrizitätswerkes muß der wirtschaftlichen Entwicklung vorauseilen und nicht nachhinken. Dazu ist aber kaufmännischer Unternehmungsgeist notwendig, und in dieser Richtung möchte ich wünschen, daß auch an unserem Werk eine großzügige kaufmännische Leitung Platz finde, daneben aber der technische Leiter den technischen Betrieb leitet. Ein Kaufmann müßte an die Spitze, der richtig ermessen kann, was zur rentablen Gestaltung des Werkes not tut. Redner verweist dann auf die Post, die auch konkurrenzlos dastehe und doch mit kaufmännischem Geist an eine Verbilligung der Portosätze herangegangen sei und dadurch den Postbetrieb ins Riesenhafte gesteigert habe. Schaffen Sie einen billigen Tarif, dann reut uns das Geld nicht, das wir in unser Werk hineinstecken.

Stadtv. Deckwitz: Wegen des Ausdruckes „Flickwerk" will ich mich dahin berichtigen, daß wir bei unserem Elektrizitätswerk tatsächlich zu viel Geld ausgegeben haben Wir haben doch schon für die 600pfredige Gasmaschine 300 000 Mark ausgegeben, und jetzt sollen wir die neue Turbine bewilligen. Wenn Herr Hüffer einen billigeren Tarif haben will, so meine ich, ist darüber schon in der vorigen Sitzung gesprochen worden. Ich bin mit Herrn Prof. Kahle der Meinung, daß die Sache mehr auf kaufmännischer Grundlage betrieben werden muß. 10—11 Prozent Verwaltungskosten sind zu viel. Wenn jemand, der ein großes Werk hat, damit kalkulieren wollte, dann würde es schlecht um sein Geschäft stehen. Wenn wir nun eine 2. Turbine anschaffen, stellen sich die Erzeugungskosten fast um die Hälfte billiger und darum bin ich für die Bewilligung der 220 000 Mark.

Bürgermeister Dieckmann: Wenn als Leiter des Elektrizitätswerkes eine kaufmännische Kraft gefordert wird, so glaube ich, daß der Magistrat dem unter keinen Umständen zustimmen würde. Es wäre doch neu, wenn an der Spitze eines so komplizierten Werkes ein Kaufmann und nicht ein Techniker stände. Ich glaube auch, daß Sie keine Stadt finden werden, wo das der Fall ist. Übrigens ist das, was Herr Prof. Kahle wünscht, doch Sache der Betriebskommission; die Stadtverordnetenversammlung hat es doch in der Hand, kaufmännisch geschulte Herren in die Kommission zu entsenden, um das Werk nach kaufmännischen Prinzipien zu fördern.

Stadtv. Prof. Dr. Kahle: Ich habe gesagt, daß neben der kaufmännischen Leitung die technische Leitung stehen sollte Für den inneren Betrieb ist ein Techniker, aber für die Entwickelung nach außen hin ein kaufmännischer Leiter notwendig.

Stadtv. Justizrat Dr Gaßmann: Der Antrag Deckwitz geht mir nicht weit genug. Ich möchte die Verwaltung fragen, wann wir die Geschäftsberichte für 1909 und 1910 zu erwarten haben.

Stadtv. Deckwitz: Ich muß noch wiederholen, daß in der Bürgerschaft eine gewisse Unzufriedenheit darüber herrscht, daß die Neuschaffung des Stromtarifes so lange Jahre gedauert hat. Es sind noch gewisse andere Punkte da, die ich jetzt nicht zur Sprache bringen, aber gelegentlich mal erörtern werde.

Stadtbaurat Tormin: Nach dem Gehörten müßte das ganze Werk morgen Bankerott machen; aber ich kann Ihnen versichern, daß wir sehr gut gearbeitet haben. Wir haben einen Überschuß von 141 000 Mark erzielt. Das ist bei dem derzeitigen Zustande unseres Elektrizitätswerkes vollauf befriedigend, und ich selbst bin überaus damit zufrieden. Auch die anderen Werke haben sehr gut gearbeitet. Wir haben über ¾ Million Überschüsse gehabt. Das befriedigt mich, und meine eigene Befriedigung lasse ich mir nicht stören. Was nun die kaufmännische Seite des Betriebes anbetrifft, so habe ich die Ausführungen des Herrn Prof. Kahle so aufgefaßt, als ob der Elektrizitätstarif nicht rechtzeitig genug herausgekommen wäre. Wie Sie wissen meine Herren, verwalte ich auch das Gaswerk, und Sie glauben nicht, wie schwierig es ist, darauf zu sehen, daß beide Werke gegenseitig in einem gewissen Gleichgewichte gehalten werden. Es erfordert ungeheure Überlegung und Berechnung, um die Entwickelung des einen Werkes nicht vor dem anderen zu begünstigen Ich gebe zu, daß die Sache wegen des Stromtarifs sich verzögert hat, und wenn meine Gesundheit mich nicht veranlaßt hätte, einen längeren Urlaub zu nehmen, wäre der Tarif schon herausgekommen. Ich bin bestrebt, beide Werke so wirtschaften zu lassen, daß bei beiden gute Überschüsse erzielt werden Was die Anfrage des Herrn Schmedding anlangt, so erwidere ich, daß, da der erste Teil aus Anleihemitteln aufgenommen wurde, der besseren Berechnung wegen, auch die neue Anlage aus Anleihemitteln gedeckt werden soll. Im nächsten Jahre wird noch eine neue Turbine notwendig werden. Die jetzt in Frage stehende Turbine wird am 1. Dez. d. J. betriebsfähig sein. Dem Herrn Justizrat Gaßmann möchte ich erklären, daß die Abrechnungen sämtlich fertig sind.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten, die sowohl zur Annahme des Magistratsantrages als auch des Antrages Deckwitz führt.

Ersatzwahl eines Schiedsmannes für den Bezirk VI.

Das Präsidium des Kgl. Landgerichts hierselbst hat auf Antrag des Schiedsmannes des VI. Schiedsmannsbezirks der Stadt Münster, Herrn B. Levermann, diesen für berechtigt erklärt, sein Amt als Schiedsmann wegen anhaltender Kränklichkeit niederzulegen Für den Rest der Wahlperiode ist daher eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Es wurde Herr Wilh. Stroetmann, Südstr., gewählt.

Änderung des Tilgungssatzes einer Anleihe von 230 000 Mk.

Am 26. Juli v. Js. wurde die Aufnahme einer Anleihe von 229 000 Mark für Bauten und Anlagen und einer Anleihe von 230 000 Mark für Grundankäufe von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Aufnahme der Anleihe von 229 000 Mark hat der Bezirksausschuß vertragsgemäß, die Anleihe von 230 000 Mark dagegen nur mit der Maßgabe genehmigt, daß auch sie mit 1½ Prozent statt mit 1 Prozent zuzüglich der ersparten Zinsen getilgt werde. Da eine Beschwerde gegen den Beschluß schwerlich Erfolg haben dürfte, auch der Unterschied des Tilgungsbetrages von ½ Prozent der aufgenommenen Summe mit 1150 Mark nicht erheblich ins Gewicht fällt, schlägt der Magistrat vor, auch diese Anleihe mit einem Tilgungssatze von 1½ Prozent aufzunehmen, und bittet die Stadtverordnetenversammlung, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

Zuwendung an den Verein für Geschichte und Altertumskunde.

Der Verein für Geschichte und Altertumskunde hat an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er für die im Jahre 1907 bewilligte jährliche Beihilfe von 500 Mark nochmals dankt und gleichzeitig bittet, diesen Zuschuß auch für die nächsten 5 Jahre bewilligen zu wollen. Mit Rücksicht auf die für die Erforschung der heimischen Geschichte sehr verdienstvolle Tätigkeit des Vereins ist der Magistrat bereit, diesem Ersuchen zu entsprechen, und bittet die Versammlung um Zustimmung.

Die Vorlage wird angenommen.

Gewährung einer Beihülfe für den Rosenmontagszug.

Der Verein der Karnevalsfreunde hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet um Gewährung einer Beihülfe für den diesjährigen Rosenmontagszug. In Anerkennung des bisherigen, für den Karneval der Stadt Münster verdienstvollen Wirkens des Vereins und mit Rücksicht darauf, daß durch die Veranstaltung ein großer Fremdenzufluß nach Münster geleitet wird, befürwortet der Magistrat, dem Vereine in diesem Jahre einen erhöhten Betrag von 500 Mark aus dem Titel „Insgemein" zu gewähren.

Die Rechnungskommission befürwortet den Antrag, der angenommen wird.

Errichtung einer Tonhalle.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen drei längere Schreiben des Magistrats und verschiedene Bauentwürfe für die neue Tonhalle, deren Errichtung auf und neben dem Gelände des jetzigen Stadttheaters gedacht ist, vor.

Das erste Schreiben ist vom 19. Juni vor. Js. und hat die in den Stadtverordneten-Versammlungen vom 23. und 30. Juni behandelte „Schaffung eines großen Versammlungsraumes auf dem Schützenhof" zum Gegenstand. In der Debatte über diesen Gegenstand wurde von allen Seiten die Notwendigkeit zur Errichtung eines großen Versammlungsraumes betont. Man war sich nur nicht darüber klar, ob nun ein wirklich großer Saalbau wie der auf dem Schützenhof geplante (und mittlerweile begonnene) oder ein kleinerer Festsaal im Mittelpunkt der Stadt notwendiger sei. Das Kollegium wurde sich dahin schlüssig, daß im Grunde genommen beide Säle notwendig seien und wohl nebeneinander existieren könnten. Der Saalbau auf dem Schützenhof wurde in der Sitzung vom 30. Juni genehmigt, nachdem die Förderer dieses Projekts, welches anfangs nicht die Mehrheit im Kollegium für sich hatte, sich dahin ausgesprochen hatten, daß sie wünschten, „daß auch die Tonhalle bald gebaut werde."

Daraufhin hat der Magistrat denn auch die „Tonhallenfrage" sofort energisch in die Hand genommen und dem Kollegium unterm 10. November 1911 ein zweites Schreiben unterbreitet, in dem es u. a. heißt:

„Bei der Beratung über den Bau des neuen Schützenhofsaales hat die verehrliche Versammlung einmütig die Notwendigkeit des baldigen Baues eines Festsaales (Stadthalle, Tonhalle) betont und uns um tunlichste Beschleunigung des Projektes ersucht. Wie seiner Zeit von uns hervorgehoben, haben wir uns schon seit einiger Zeit näher mit dem Festsaalprojekt beschäftigt. Die grundlegende Entscheidung bei dem Projekt bildet die Platzfrage. Diese gestaltet sich mit Rücksicht darauf, daß der Saal möglichst günstig und im Zentrum der Stadt liegen muß, bei dem Mangel derartiger verfügbarer Plätze besonders schwierig. Außer dem kürzlich erworbenen Filialgefängnis an der Lotharingerstraße steht im Innern der Stadt kein anderer größerer städtischer Grundkomplex zur Verfügung, als der des jetzigen Stadttheaters. Wir haben daher die Möglichkeit der Errichtung der Festhalle im Anschluß an das jetzige Theatergrundstück erwogen und geprüft. Hierbei hat sich ergeben, daß der Bau der Halle im Anschluß an den Rombergerhof sehr wohl durchführbar ist. Erforderlich hierfür wäre der Erwerb der nordwestlich angrenzenden Grundstücke der Evangelischen Kirchengemeinde (rund 100 Quadratruten) und der katholischen Kirchengemeinde St. Martini (19 Quadratruten). Außerdem würde zweckmäßig noch das kleine Grundstück Hilbing (Neubrückenstraße 61), zu erwerben sein. Die genannten Grundstücke sind sämtlich käuflich, das Hilbing'sche Grundstück für 9000 Mark, das Grundstück der Martinikirchengemeinde für ca. 20 000 Mark und das Grundstück der evangelischen Kirchengemeinde für 106 000 Mark. Da die evangelische Kirchengemeinde, das auf dem Grundstück früher vorhandene alte Pfarrhaus abgerissen hat und nunmehr die Errichtung eines neuen Pfarrhauses auf demselben plant, so ist die Entscheidung dringlich, ob das Grundstück käuflich erworben werden soll. Der Ankauf würde naturgemäß nur dann in Frage kommen, wenn die Verwendung des Grundstücks für einen öffentlichen Zweck in Aussicht genommen würde. Da das Grundstück in Verbindung mit den beiden anderen genannten Grundstücken für den Bau eines Theaters

keinesfalls ausreichen würde, für den Bau der Tonhalle aber groß genug ist, so würde als ein solcher Zweck wohl nur der Tonhallenbau in Frage kommen. Die Grundstücke der beiden Kirchengemeinden würden zusammen eine Breite von rund 25 Metern und eine Tiefe von rund 64 Metern haben. In Verbindung mit dem angrenzenden Garten des Rombergerhofes würden diese Größenverhältnisse für die geplante Festhalle genügen. An der Neubrückenstraße könnte hierbei noch ein Vorplatz geschaffen werden. Zugleich ist nach der Martinistraße hin eine gute An- und Abfahrt gegeben, da dort die Stadt bereits im Besitz der alten Martinischule ist. Die Front nach der Martinistraße beträgt gut 21 Meter. Außerdem würde eventuell das angrenzende Grundstück Westbunk, das ebenfalls zum Kaufe angeboten ist, erworben werden können, wodurch noch eine weitere Platzausdehnung geschaffen würde. Ein besonderer Vorzug der Errichtung der Tonhalle an der fraglichen Stelle würde sich aus der Möglichkeit einer räumlichen Verbindung mit den Räumlichkeiten des jetzigen Stadttheaters ergeben. Für Theaterzwecke dürfen die Räume, da sie den neuen theaterpolizeilichen Anforderungen nicht entsprechen, demnächst nicht mehr benutzt werden. Der Bau eines Theaters an der alten Stelle kann wegen der beengten Platz- und Straßenverhältnisse — da der Rombergerhof selbstverständlich erhalten bleiben muß — nicht in Frage kommen. Es würden sich daher die jetzigen Theaterräume nach Wegfall des Bühnenhauses und nach entsprechender Umgestaltung sehr zweckmäßig dazu eignen, der Bürgerschaft, Vereinen usw. als Lokal für Versammlungen und Festlichkeiten aller Art zu dienen. Ein Bedürfnis für derartige größere Räume ist hier unzweifelhaft vorhanden, da sie hier vollkommen fehlen und die Veranstaltungen aller Kreise der Bürgerschaft lediglich auf die Räume des Zentralhofes angewiesen sind. Durch den Garten des Rombergerhofes und eine Wandelhalle könnte eine zweckmäßige Verbindung zwischen diesen Sälen und der Tonhalle hergestellt werden, so daß auf diese Weise eine gleichzeitige Benutzung beider Lokale, die bei mancherlei Veranstaltungen zweifellos sehr erwünscht sein würde, möglich wäre. Dadurch würden gleichzeitig auch Nebenräume für die Tonhalle von selbst geschaffen sein. Es kommt noch hinzu, daß auch der Rombergerhof wenigstens in seiner oberen Etage, mit der Tonhalle in Verbindung gesetzt werden könnte, wobei für weitere praktische Nebenräume Platz geschaffen wäre. Ein weiterer Vorteil dieses Projektes endlich würde darin zu erblicken sein, daß die ganze Bewirtschaftung für beide Säle gemeinschaftlich und infolgedessen wesentlich rentabler sein würde.

Auf der anderen Seite soll indessen nicht verkannt werden, daß den Vorzügen des Projektes insofern auch ein gewisser Nachteil gegenüber steht, als die Straßenverhältnisse in der Umgebung des Platzes geräumiger und weiter sein könnten.

Immerhin erscheinen aber die zugunsten des Projektes angeführten Gesichtspunkte so wesentlich, daß eine ernstliche Prüfung desselben nicht von der Hand zu weisen ist. Es dürfte schließlich auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß, wenn man das Areal des Rombergerhofes nicht in der dem angeregten Projekt entsprechenden Art ausnützen würde, für die Stadt ein erheblicher Wert verloren ginge, der für den Fall eines Verkaufs mit 200 000 Mark wohl nicht zu hoch veranschlagt sein dürfte."

In mehreren geheimen Sitzungen und Vorbesprechungen beriet das Stadtverordnetenkollegium dieses Projekt, faßte aber noch keinen Beschluß, da der Magistrat ein weiteres Schreiben in Aussicht gestellt hatte. Unterm 13. Januar dieses Jahres traf das dritte Schreiben des Magistrats ein. In ihm heißt es.

„Der Magistrat ist inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß die Errichtung des Festsaales auf dem fraglichen Gelände in Verbindung mit den Anlagen des jetzigen Theaters in vollkommen einwandfreier Weise durchführbar und bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als die billigste und beste Lösung der Tonhallenfrage zu betrachten ist. Der Magistrat hat daher einmütig den Erwerb der eingangs bezeichneten Grundstück zum Zwecke der Errichtung eines städtischen Festsaales beschlossen. Diesem Beschlusse des Magistrats hat sich die vor kurzem neu gebildete gemischte Kommission, die sich in vier Sitzungen eingehend mit der gesamten Tonhallenfrage und mit den vorgelegten Projekten des Stadtbauamts beschäftigt hat, angeschlossen und sich schließlich mit großer Mehrheit ebenfalls für den Ankauf der fraglichen Grundstücke zu dem gedachten Zwecke ausgesprochen."

Der Magistrat nimmt dann Bezug auf das (bereits erwähnte) Schreiben vom 19. Juni und erinnert daran, daß er bei den damaligen Beratungen wiederholt und nachdrücklichst die Notwendigkeit eines kleineren Festsaales im Mittelpunkt der Stadt neben dem geplanten großen Schützenhofsaale betont und keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß, wenn die verehrliche Versammlung diese Auffassung nicht teile, er nicht in der Lage sei, die Vorlage über die finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Bau des Schützenhofsaales aufrecht zu erhalten. Der Schützenhofsaal sei für Massenveranstaltungen großen Stils bestimmt, während eine Ton- oder Festhalle bringend notwendig sei sowohl für die ständigen Bedürfnisse unseres Musikvereins und des gesamten musikalischen Lebens der Stadt wie auch für die im allgemeinen bürgerlichen Leben und geselligen Verkehr unserer Stadt üblichen und fast täglich wiederkehrenden Veranstaltungen und Festlichkeiten jeglicher Art, für Vorträge, Versammlungen, Festessen, Bälle, kleinere Kongresse und dergleichen, die bei dem völligen Mangel hierfür geeigneter Säle nicht unterkommen könnten, sondern immer mehr im Militärkasino abgehalten werden müßten.

Dann heißt es in dem Schreiben weiter:

„Bezüglich der Größenverhältnisse des geplanten Festsaales hat sich schon die frühere Tonhallenkommission dahin ausgesprochen, daß ein Saal mit etwa 1000 bis 1200 Sitzplätzen und mit entsprechenden Nebenräumen als ausreichend anzusehen sei. In Übereinstimmung mit dem Magistrat ist auch die jetzige Tonhallenkommission der Ansicht, daß, nachdem nunmehr für große Massenveranstaltungen der große Schützenhofsaal vorhanden ist, für den jetzt geplanten Festsaal etwa 800 Sitzplätze im Saal, etwa 200 Sitzplätze auf der Galerie und ein Podium für etwa 300 Personen dem Bedürfnisse genügen und am besten entsprechen würden. Auf diese Dimensionen ist daher auch das Festsaalprojekt von der Stadtverwaltung berechnet.

Eine entscheidende Rolle bei dem Projekt bildet die Platzfrage. Diese wird nur dann glücklich gelöst sein, wenn der Saalbau in der Altstadt, als im Zentrum der Stadt, von der ganzen Peripherie der Neustadt aus möglichst bequem und gleich gut erreichbar und in guter Verkehrslage zur elektrischen Straßenbahn errichtet wird. Diese Gesichtspunkte hat auch die Kommission bei ihren Beratungen zugrunde gelegt. Die vorgeschlagenen Plätze, Linnenbrinks Konzertgarten, die Engelschanze, die v. Löninghausensche Besitzung an der Salzstraße, sowie der Platz am Ägidiitor und des ehemaligen Filialgefängnisses lehnten der Magistrat und die Kommission teils als zu teuer, teils als zu abgelegen oder ungeeignet ab. Schließlich wurde von einer Seite der Vorschlag gemacht, das jetzige Stadttheater abzubrechen und an dessen Stelle die Tonhalle an der Voßgasse zu errichten. Gegen diesen Vorschlag erhoben sich von allen Seiten die schwersten Bedenken. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Voßgasse sehr schmal sei und daß daher der vorgeschlagene Neubau zur Erbreiterung der Straße und Erleichterung der Verkehrsverhältnisse sehr weit zurücktreten müsse. Wenn der Bau mit der Front zur Voßgasse errichtet werden solle, sei es bei diesem Projekte unter allen Umständen erforderlich, das Grundstück der evangelischen Kirchengemeinde mitanzukaufen, da andernfalls keine genügende Tiefe vorhanden sei. Wolle man aber den Bau parallel zur Voßgasse errichten, so müsse die angrenzende Brüggemannsche Besitzung an der Voßgasse erworben werden. Der für die letztere geforderte Preis von 75 000 Mark sei bei der geringen Größe des Grundstückes von nur 20 Quadratruten unverhältnismäßig hoch. Insbesondere aber habe dieser Vorschlag den großen Nachteil, daß bei seiner Durchführung ohne ersichtlichen Grund die bestehenden Werte der jetzigen Theaterräumlichkeiten vollständig vernichtet werden müßten, die bei dem jetzigen Magistratsprojekt als Nebenräume der Tonhalle voll in Geltung bleiben und sehr glücklich verwertet werden könnten. Aus allen diesen Gründen wurde daher dieser Vorschlag von allen anderen Seiten abgelehnt und der Entschließung zugestimmt, daß keine weiteren geeigneten Vorschläge bezüglich der Platzfrage zu machen seien. Daß die völlig zentrale Lage, nur einige Minuten vom Prinzipalmarkt entfernt, den Platz an der Neubrückenstraße von vornherein besonders günstig erscheinen läßt, wird wohl allseitig zugestanden werden. Er entspricht aber auch im übrigen allen Anforderungen, die man an den Tonhallenplatz zu stellen berechtigt ist. Auch ist die Lage des Platzes zur elektrischen Straßenbahn sehr günstig, da die zum nördlichen Stadtteil schon seit längerer Zeit geplante Straßenbahnlinie, deren Bau mit der zunehmenden Entwickelung dieses Stadtteils immer dringender wird, über die Neubrückenstraße führt und somit eine günstige Fahrgelegenheit die Besucher direkt vor die Stadthalle bringt. Nach den neuerdings aufgestellten Bauprojekten kann auch die Befürchtung nicht mehr aufrecht erhalten werden, daß die Straßenverhältnisse in der Umgebung des Platzes für den Verkehr nicht ausreichen würden. Für die freie Entwickelung sowohl des Wagen- wie auch des Fußgängerverkehrs kann in völlig ausgiebiger und einwandfreier Weise gesorgt werden. Immerhin waren einige Mitglieder der Kommission der Ansicht, daß es wünschenswert sei, auch das an der Ecke Neubrücken- und Martinistraße gelegene Haus des Kaufmanns Gerhard Mense (Neubrückenstraße 61) und die weiter rückwärts gelegene Besitzung der Witwe Westbunk (Martinistraße 5/6) mitzuerwerben, um so das Saalprojekt sowohl in verkehrstechnischer als ästhetischer Beziehung möglichst vollkommen durchzuführen. Die Kommission war jedoch in der großen Mehrheit der Auffassung, daß das Saalprojekt auch ohne diese beiden Besitzungen sehr wohl durchführbar sei, ohne daß dadurch die verkehrstechnischen und ästhetischen Interessen geschädigt würden. Der Ankauf dieser beiden Besitzungen würde zudem das Projekt wesentlich verteuern, da Mense die außerordentlich hohe Forderung von 88 000 Mark (für rund 30 Quadratruten) gestellt hat, während die Witwe Westbunk einen angemessenen Preis von 18 000 Mark (für rund 11 Quadratruten) gefordert hat. Von beiden Eigentümern liegen bindende Angebote in der genannten Höhe vor. Der Gesamtkaufpreis der Besitzungen Mense und Westbunk würde somit 106 000 Mark betragen. Die Mehrheit der Kommission sprach sich zunächst und in erster Linie dafür aus, die genannten beiden Besitzungen nicht mitzuerwerben, da sie, wie die Entwürfe des Stadtbauamts ergäben, zur sachgemäßen Durchführung des Projekts nicht notwendig seien und es mehr empfehlenswert sei, einen Teil des hierdurch ersparten Betrages für eine würdigere und vornehmere Ausgestaltung des Saalinnern, die bei dem ganzen Projekt die Hauptsache bleiben müsse, zu verwenden. Für den Fall aber, daß die Mehrheit der verehrlichen Versammlung für den Ankauf von Mense und Westbunk sich entscheiden würde, würde auch die Kommission schließlich damit einverstanden sein. In welcher Weise sich das Bauprojekt mit den Besitzungen Mense und Westbunk und ohne dieselben zweckentsprechend durchführen läßt, wird durch Vorlegung verschiedener Entwürfe des Stadtbauamts in der Sitzung erläutert werden.

Das hier vorgeschlagene Projekt ist endlich auch nach der übereinstimmenden Ansicht der Kommission und des Magistrats die billigste Lösung der Tonhallenfrage. Da der hier vorgeschlagene Saalbau nicht nach allen Seiten frei zu liegen kommt, so ist nur eine verhältnismäßig geringe Ausbildung der Fassaden erforderlich. Außerdem sind hier, wie schon erwähnt, die für einen derartigen Saal unbedingt erforderlichen Nebensäle durch die Theaterräumlichkeiten bereits gegeben. Bei einem Bau an anderer Stelle würde der Saalbau um diese Nebenräume größer gebaut werden müssen und dadurch das Bauprojekt wesentlich verteuert. Ein ganz besonders teures Bauprojekt würde ein Bau auf der Engelschanze sein. Ganz abgesehen von den zweifellos recht hohen Kosten des Grunderwerbs müßten für die Fundamentierung und die würdige äußere Ausgestaltung der völlig freiliegenden Fassaden große Summen aufgewendet werden, so daß als sicher angenommen werden kann, daß die Gegenkosten des Baues weit über eine Million hinausgehen würden. Dieselben Gesichtspunkte bezüglich des teuren Grunderwerbs und der kostspieligen Fassadenausbildung treffen auch bei dem Linnenbrinkschen Grundstück zu. Bei dem von uns in Übereinstimmung mit der Kommission vorgeschlagenen Projekte würden sich die Baukosten nach der überschläglichen Berechnung des Stadtbauamts für den Fall, daß die Besitzungen Mense und Westbunk nicht hinzuerworben werden, auf rund 400 000 Mark und für den Fall, daß beide Besitzungen freigelegt werden sollten, auf rund etwa 460 000 bis 470 000 Mark belaufen. Dazu kämen die Kosten des Grunderwerbs, die im ersteren Falle rund 175 000 Mark und im zweiten Falle noch weitere 106 000 Mark erfordern würden. Der Betrag von 175 000 Mark berechnet sich wie folgt: Die evangelische Kirchengemeinde hat inzwischen ihre Forderung von 106 000 auf 100 000 Mark ermäßigt. Die Besitzung der Witwe Hilbing kostet 9500 Mark (nicht 9000 Mark wie früher angegeben). Die Martinikirchengemeinde will mit dem an der anderen Seite des Kirchplatzes gelegenen Armenhause Zumbusch-Uedink unter noch zu vereinbarenden genaueren Bedingungen austauschen; als Tauschwert sind etwa 30 000 Mark angesetzt. Das Gelände der alten Martinischule schließlich ist mit etwa 35 000 Mark eingesetzt. Das ergibt den Gesamtbetrag von rund 175 000 Mark.

Um auch die demnächstige Aufbringung der Kosten für die Festhalle hier kurz zu streifen, so ist, wie wir schon in unserer Vorlage vom 19. Juni 1911 andeuteten, beabsichtigt, einen großen Teil der Kosten, etwa die Hälfte, aus den Überschüssen früherer Jahre zu bestreiten. Außerdem hat der Musikverein in überaus dankenswerter Weise aus der Bürgerschaft Beitragszeichnungen für die Tonhalle in der Weise gewonnen, daß etwa 120 000 Mark der Stadt Münster auf 20 Jahre zinslos zur Verfügung gestellt werden, die vom 10. Jahre ab mit jährlich 10 Prozent amortisiert werden sollen. Der kleinere Rest würde auf Anleihe genommen werden müssen. Eine nennenswerte steuerliche Belastung der Bürgerschaft würde auf diese Weise durch den Tonhallenbau nicht zu befürchten sein. Über die Einzelheiten der Bauausführung können hier selbstverständlich noch keine Vorschläge gemacht werden. Falls die verehrliche Versammlung dem Erwerb der Grundstücke zum Zwecke des Baues einer Tonhalle auf denselben zustimmt, würden wir demnächst weitere Vorschläge machen, wie die Projektierung und Durchführung des Baues in die Hand genommen werden soll. Im gegenwärtigen Augenblicke handelt es sich lediglich darum, die Grundstücke für den Bau der Ton- oder Festhalle für die Stadt zu sichern.

Nach alledem bitten wir die verehrliche Versammlung zu beschließen,

daß die mehrerwähnten, an der Neubrückenstraße belegenen Grundstücke der evangelischen Kirchengemeinde, der katholischen Kirchengemeinde St. Martini und der Witwe Hilbing für die Zwecke der Errichtung einer Tonhalle erworben werden und der Magistrat zur Annahme der vorliegenden Angebote ermächtigt wird.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegt folgende

Eingabe aus Wirtekreisen

vor: Einem verehrlichen Magistrat und den Herren Stadtverordneten gestatten sich die unterzeichneten Vorstände der Hotelier-Vereinigung, des Saalbesitzer-Vereins und des Wirte-Vereins anläßlich des beabsichtigten Ankaufes des Geländes zwischen Martinikirchplatz und Voßgasse, sowie im Hinblick auf den geplanten Umbau des Lortzing-Theaters zu Festsälen und Vereinszimmern das Nachstehende ergebenst vorzustellen:

Durch die Ausführung des bezeichneten Projektes erwächst dem ohnehin durch Verbrauchssteuern und Abgaben aller Art schwer belasteten Stande der Wirte und Saalbesitzer eine keineswegs zu unterschätzende Konkurrenz. Nach den uns bis jetzt bekannt gewordenen Plänen wird besonders der mit der Tonhalle in Verbindung zu bringende Umbau des Lortzing-Theaters zu Festsälen und Vereinszimmern eine Verlegung vieler Festlichkeiten, sowohl größere wie der mittleren und kleineren in den von der Stadt projektierten Saal- und Vereinsbau zur Folge haben. Ein dringendes Bedürfnis zur Erbauung seitens der Stadt so vieler und so großer Festsäle und Vereinszimmer dürfte aber angesichts des seiner Vollendung entgegengehenden großen Saalbaues auf dem Schützenhofe ernstlich nicht bejaht werden können. Schon das Bedürfnis nach Errichtung dieses Saalbaues ist seiner Zeit von vielen Seiten stark bezweifelt worden. Die hieraus dem Wirte- und Saalbesitzerstande erwachsende Konkurrenz wird sich, nachdem der Saalbau auf dem Schützenhofe mit großer finanzieller Unterstützung der Stadt Münster seiner Verwirklichung in Bälde entgegengeht, leider nicht mehr beseitigen lassen. Sicher ist, das bereits durch diesen Saalbau eine größere Anzahl Mitglieder der vorstellig werdenden Vereine empfindliche Erwerbsverluste erleiden werden, und daß sie namentlich, soweit sie Besitzer größerer Säle sind, mit einer Unrentabilität ihrer Saalräume demnächst rechnen müssen.

Wenn nun zu dem großen Schützenhofsaalbau neue große Festsäle zugleich mit angereihten mittleren und kleineren Vereinsräumen inmitten der Stadt hinzutreten, so würde das, da gerade der Saalbau auf dem Schützenhofe schon jetzt in weiten Kreisen als städtisches Unternehmen angesprochen wird, zu einem stadtmünsterischen Festlichkeits- und Saalmonopol führen, welches unmöglich im Interesse einer gesunden Kommunal-Politik liegen kann. Auf der einen Seite werden durch die Errichtung eines weiteren städtischen Festsaalbetriebes mit nicht zu leugnender Sicherheit eine ganze Reihe achtbarer Mittelstands-Existenzen aus dem Stande der Wirte und Saalbesitzer mit Notwendigkeit dem wirtschaftlichen Ruine entgegengeführt, während sich auf der anderen Seite keineswegs voraussagen läßt, daß das Gemeinwesen der Stadt Münster aus einem ohne persönliche Interessen arbeitenden amtlichen Verwaltungsbetriebe eines größeren Festlichkeitsetablissements diejenigen Vorteile ziehen wird, durch welche die Ausschaltung steuerkräftiger Existenzen des Mittelstandes aus dem wirtschaftlichen Leben unserer Stadt aufgewogen werden kann. Die finanziellen Rückgänge in Wirtekreisen werden sich mehren und die Stadt Münster wird zu dem Ohmschen Hause ein weiteres und diesmal größere finanzielle Ansprüche stellendes Schmerzenskind hinzubekommen.

Getrieben von diesen ernstlich erwogenen Bedenken und in Wahrung berechtigter Standesinteressen hoffen daher die unterzeichneten Vereinsvorstände keine Fehlbitte zu tun, wenn sie dem verehrlichen Magistrate und den Herren Stadtverordneten den Antrag unterbreiten, jedem über den Rahmen eines Tonhallenprojektes in engerem Sinne hinausgehenden Unternehmen zur Errichtung von weiteren Festsälen und Vereinszimmern die erforderliche Genehmigung zu versagen.

Die unterzeichneten Vorstände haben sich erlaubt, dem Magistrate und den sämtlichen Herren Stadtverordneten eine Abschrift dieser in Urschrift an den Herrn Stadtverordneten-Vorsteher gerichteten Eingabe zugehen zu lassen. Sie verbinden mit der Überreichung ihrer Eingabe zugleich die Bitte dieselbe in der Stadtverordneten-Sitzung am 31. dieses Monat an dem einschlägigen Punkte der Tagesordnung zur Verlesung zu bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung:
Namens des Wirte-Vereins: gez. Wilh. Köster;
Namens der Hotelier-Vereinigung: gez. Oscar Försterling;
Namens des Saalbesitzer-Vereins: gez. Bern. Hölscher.

Referent ist Stadtv. Falger. Er führt aus, daß die Rechnungskommission sich über die Vorlage erst schlüssig machen wolle, wenn die heutige erste Lesung geschehen wäre. Was die Rechnungskommission empfehle, sei eine zweite Lesung.

Referent stellt den Antrag, eine zweite Lesung zur Besprechung der Angelegenheit anzusetzen.

Bürgermeister Dieckmann: Der Herr Oberbürgermeister ist leider wegen starker Influenza verhindert, an der heutigen Beratung teilzunehmen. Ich bedauere das sehr: denn ich weiß, daß auch er es außerordentlich bedauert, weil er das Projekt selbst eifrig betrieben und nach Kräften gefördert hat. Er hofft, jedoch, daß er die Vorlage in der zweiten Lesung selbst vertreten wird.

Wenn ich in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters einige Worte spreche, so glaube ich, zunächst einige Gesichtspunkte allgemeiner Natur hervorheben zu sollen. Im Laufe der Debatte wird sich noch Zeit für Ausführungen ergeben, und wir haben ja noch eine zweite Lesung zu erwarten, bei der auch noch eine hinreichende Aussprache erfolgen kann.

M. H. Die Grundlage und der Ausgangspunkt für Ihre heutige Beratung muß meines Erachtens die Entscheidung sein, die wir im vorigen Jahre hier bei der Erbauung des Schützenhofsaales, als die Beitragsleistung der Stadt hierfür in Frage kam, getroffen haben. Ich darf mir wohl erlauben und halte es nicht für unzweckmäßig, auf diese Sache einzugehen. In der damaligen Vorlage und auch hier im Kollegium hat der Magistrat betont, daß er nicht so sehr Wert darauf lege, daß ein großer Saal auf dem Schützenhofe gebaut werde, sondern ein kleinerer Saal für etwa 1000 Personen das dringlichste sei. Wir haben dann weiterhin ausgeführt, daß daneben auch dringend wünschenswert sei, daß ein großer Raum vorhanden ist, wo Massenveranstaltungen für die verschiedensten Anlässe abgehalten werden können. Das letztere war damals besonders akut, weil das Bürgerschützenkorps einen größeren Saal bauen wollte. So bot sich denn für die Stadt eine günstige Gelegenheit, zu einem großen Saale zu kommen, und aus diesem Grunde haben wir beschlossen, den Bau des großen Saales zu unterstützen. Der Magistrat hat aber in jedem Stadium der Verhandlungen niemals Zweifel darüber gelassen, daß er nach, wie vor stets an der Schaffung eines kleinen Festsaales festhalten werde, und zu unserer Freude hat damals die Versammlung den Standpunkt des Magistrats vollauf geteilt. Von den verschiedensten Rednern ist damals betont worden, sie seien nur dann für das Projekt des Schützenhofsaales zu haben, wenn das Projekt des kleineren Saales oder, wenn wir es so nennen wollen, der Tonhalle, nicht durch den Bau des Schützenhofsaales gefährdet werde. Aus diesem Grunde heraus haben wir denn beschlossen, möglichst bald, spätestens im Jahre 1911/12 wegen der Tonhalle ein Projekt vorzulegen. Das ist nun geschehen. Ich glaube, bei diesem, in ernster Stunde gegebenem Wort, bedarf es keiner Ausführungen mehr, ob der kleine Festsaal notwendig oder dringend ist, und ich glaube, die Sache ist damit erledigt. Um so peinlicher muß es berühren, wenn es wahr ist, daß jetzt eine große Protestbewegung gegen eine Tonhalle sowohl, wie auch gegen das jetzige Projekt in Szene gesetzt wird, und daß diese Bewegung gerade aus den Reihen des Bürgerschützenkorps kommen soll. Ich glaube es nicht, und kann es nicht glauben, daß es möglich sein wird, daß sich im Bürgerschützenkorps eine Mehrheit dafür fände, diese Gegenbewegung zu unterstützen, und ich habe zu dem Bürgerschützenkorps das feste Vertrauen, daß das nicht wahr ist.

Dann m. H.!, ist heute eine Eingabe des Wirtevereins Ihnen zugestellt worden, in der auch der Wirteverein, die Hoteliersvereinigung und der Saalbaubesitzerverein der Stadt Münster Stellung gegen das Projekt nehmen M. H!, das ist häufig so: Wenn große kommunale Projekte in der Durchführung begriffen sind, dann bildet sich häufig eine Gegenbewegung, deren Anhänger — hier sind es ein paar Wirte — befürchten, daß ihre Interessen dadurch geschädigt werden. Aber m. H.!, wollen wir denn, weil der eine oder andere einen geringen Schaden zu befürchten hat, von der Durchführung eines solchen Projektes Abstand nehmen — wegen der Gegenorganisation einiger weniger Kreise? Das würde uns auf eine schiefe Ebene bringen und würde uns hindern, in Zukunft große und wichtige Projekte durchzuführen. Ich meine, das allgemeine Interesse muß dem Interesse Einzelner vorangehen. Daß das vom Wirteverein auch ganz gut verstanden wird, hat sich im vorigen Jahre gezeigt, als die Abschaffung des Sends in Frage kam. Hat da der Wirverein geschwiegen? Die Anträge auf Abschaffung des Sends waren ausgegangen von Angehörigen größerer gewerblicher Kreise. Da hat der Wirteverein eine Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium und den Magistrat gemacht, der Send möchte beibehalten werden, weil es im Interesse der Wirte läge. Aber m. H.!, Wurst wider Wurst! Damals ist die Vorlage auf Aufhebung des Sends nicht durchgegangen und die Herren vom Wirteverein werden es uns nicht übel nehmen können, wenn wir sagen: Was damals den Gewerbetreibenden Recht war, ist jetzt dem Wirteverein billig.

Ich möchte nur auf einige Bemerkungen in dieser Eingabe hinweisen. Da wird gesagt: „Ein dringendes Bedürfnis zur Erbauung seitens der Stadt so vieler und so großer Festsäle und Vereinszimmer dürfte aber angesichts des seiner Vollendung entgegengehenden großen Saalbaues auf dem Schützenhofe ernstlich nicht bejaht werden können." Wie oft soll man es denn betonen, daß der große Saalbau auf dem Schützenhof ganz anderen Zwecken dienen soll, als dieser kleine Saal oder die Tonhalle, wenn man sie so nennen will. Wer das nicht glaubt, der möge doch einmal zum Schützenhof hinausgehen, er wird sehen, daß dieser Saal nicht in Frage kommen kann für Zwecke, für die der kleine Saal gebaut werden soll. Dem Saale in der Stadt kann durch den Saal auf dem Schützenhofe ein Abbruch nicht geschehen. Dann wird davon gesprochen, daß, da „der Saalbau auf dem Schützenhofe schon in weiten Kreisen als städtisches Unternehmen angesprochen wird, dies zu einem stadtmünsterischen Festlichkeits- und Saalmonopol führen wird, welches unmöglich im Interesse einer gesunden Kommunalpolitik liegen kann." Eine kommunale Gastwirtschaft haben wir hier in Münster nur eine: das Ohmsche Haus. (Heiterkeit.) Das ist aber auch alles Andere Städte haben ihren Ratskeller, ihren Stadtpark mit großen Saalverhältnissen usw. Wir haben nichts als das Ohmsche Haus, daß in einer gewissen Verlegenheit für eine städtische Wirtschaft eingerichtet ist.

Im übrigen sind es die Wirte doch nicht, die dem Bedürfnisse nach einem Saal abhelfen, wie er hier in Frage steht. Es sind nicht genug Säle vorhanden, und dann besteht auch keine Neigung bei den Wirten solche Säle anzuschaffen, weil sie sich nicht rentieren. Es ist eine große Übertreibung, wenn gesagt wird, daß der Wirtestand durch den Saalbau geschädigt werde. Wir haben hier in Münster 344 Wirtschaften, und nicht 2 Prozent davon kommen für dieses Projekt in Frage. Man muß doch auch wohl in Betracht ziehen, was für ein Saal gebaut werden soll. Es soll ein Festsaal werden für diejenigen Gesellschaften, die immer mehr ins Militärkasino wandern. Der Saal im Hotel zum König von England wird demnächst zu Wohnräumen umgebaut, der Saal im Hotel Monopol kann auch nicht in Frage kommen; nur der Saal im Hotel Moormann ist ungefähr der einzige, der für die Zwecke in Frage kommen kann, denen die Tonhalle dienen wird. Ob dieser Saal aber bestehen bleiben wird, ist eine andere Frage, weil das Hotel Moormann umgebaut werden wird. Die Wirte, die da sagen: „Ein solcher Saal rentiert sich nicht," und die deshalb keinen größeren Saal bauen, die mögen es der Stadt nicht verübeln, wenn sie es übernimmt, einen Saal ohne Rücksicht auf sie zu bauen. Der Zentralhofsaal ist so belagert, daß man dort kaum ankommen kann. Ich würde es wohl verstehen, wenn das Militärkasino eine Eingabe ähnlich der der Wirte gemacht hätte; aber die Wirte scheiden doch hierbei fast ganz aus. Die Politik der Wirte, die meinen, weil der eine oder der andere einen Schaden hat, dürfe das Projekt nicht ausgeführt werden, ist eine kurzsichtige Politik. Alle die Vereine, die für diesen Saal in Frage kommen, müssen sich bei ihren Veranstaltungen einschränken, weil sie sich nicht so betätigen können, wie sie wohl möchten und es ginge, wenn die Tonhalle gebaut würde. Und den Nachteil davon hat der einzelne Bürger und der Gewerbetreibende. Wenn man das Lortzingtheater hierbei in Frage ziehen will, so will ich gern zugeben, daß es ein Schmerzenskind war. Aber wir wollen dieses Kind durch die Tonhalle gesund machen. Wir wollen es aufpäppeln, und Sie werden sehen, daß bessere Zustände kommen werden.

Es ist da noch an anderer Stelle gesagt worden, zunächst müßten wir hier in Münster ein Theater haben, ein Theater sei notwendiger als eine Tonhalle. Der Magistrat steht gewiß auf dem Standpunkte, daß wir ein neues Theater haben müssen; aber m. H.!, diese beiden Projekte auf einmal auszuführen, ist doch nicht gut möglich. Eins nach dem andern! Wenn beide durcheinander geschmissen werden, dann wird aus beiden nichts. Divide et impera! Wenn die Tonhalle hierbei zunächst in Frage kommt, so hat das seine äußeren Gründe Das Gelände des Romberger Hofes ist nicht ausreichend, um ein Theater darauf zu bauen. Nun ist das Grundstück der evangelischen Gemeinde, das gleich daneben liegt, freigeworden, und es es ist die Entscheidung über die Frage an uns notwendig, ob wir es erwerben wollen. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß sich die Festhalle dort sehr gut errichten lassen kann, und es besteht auch noch der Vorteil, daß wir die jetzigen Theaterräumlichkeiten als Nebensäle mit den Räumen der Tonhalle verbinden können. Sollen wir die Sache etwa ablehnen, weil das Theater dringlicher wäre? Das wäre eine kurzsichtige Politik. Wenn uns ein Grundstück für das eine oder das andere Projekt an Hand gegeben wird, so müssen wir zunächst das bauen, wozu sich das Grundstück am besten eignet. Und was das Theater anlangt — kommt Zeit, kommt Rat. Im vorigen Frühjahr wußten wir noch nicht, wie die Sache kommen werde, und ebenso nicht, wie wir das Projekt der Tonhalle lösen würden. Jetzt bietet sich uns unverhofft die Gelegenheit es zu fördern. Aber wir werden auch dahin arbeiten und dahin wirken, daß wir wegen des Stadttheaters baldigst Vorschläge machen können.

Da die Tonhalle unter diesen Gesichtspunkten eine Dringlichkeit ist, so hat der Magistrat zu Ihnen das feste Vertrauen, daß nach sachlicher, ruhiger und kühler Erwägung die Frage des Festsaalbaues nicht zweckmäßiger, billiger und besser gelöst werden kann, als jetzt, und darum möchte ich Ihnen die Annahme des Projektes dringend empfehlen

Nach der Rede des Bürgermeisters Dieckmann entspinnt sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, ob die heutige Besprechung als „erste Lesung" gelten kann, da der Hinweis auf der Einladung fehle. Das Kollegium entscheidet sich dem Vorschlage der Rechnungskommision folgend dahin, die heutige Verhandlung als erste Lesung gelten zu lassen.

Stadtv. Löffken gibt seiner Freude Ausdruck, daß durch den Bau des großen Saales auf dem Schützenhof die Tonhallenfrage wesentlich geklärt worden ist, und versichert als Oberst des Bürgerschützenkorps, daß er auch weiterhin für den Bau der Tonhalle eintreten werde. Aber durch das Projekt, die Tonhalle an das jetzige Lortzingtheater heranzuschieben, sei in die Bürgerschaft und in das Bürgerschützenkorps Beunruhigung entstanden, denn die neue Festhalle mit den jetzigen Theaterräumlichkeiten würde dann immerhin 2500 bis 3000 Personen aufnehmen können. Er bittet daher, diese Festhalle in dem ursprünglichen Rahmen, also für etwa 1000 bis 1200 Personen, zu errichten. Daß mit der Tonhallenfrage gleichzeitig vom Magistrat auch die Theaterfrage angeschnitten wird, ist freudig zu begrüßen, und man darf die Erklärung des Magistrats wohl dahin deuten, daß der Bau der Festhalle erst in Angriff genommen wird, wenn das neue Theater fertig ist. Endlich empfiehlt der Redner, das in Frage stehende Grundstück anzukaufen und die davon zu trennende Tonhallenfrage gesondert zu behandeln.

Bürgermeister Dieckmann erwidert auf die Bedenken des Stadtv. Löffken, daß an einen Neubau des Stadttheaters auf dem jetzigen Gelände wegen der strengen baupolizeilichen Vorschriften nicht zu denken ist. In dem jetzigen Theater soll so lange gespielt werden, als möglich ist; aber es ist kaum anzunehmen, daß der Regierungspräsident länger als für das nächste Jahr — solange läuft der Vertrag mit dem Theaterdirektor — die Spielerlaubnis geben wird, falls nicht bis dahin der Theaterbau schon in Angriff genommen worden ist. Eine Gefahr, daß die neue Festhalle 2500 bis 3000 Personen werde aufnehmen können, besteht keineswegs, denn es sei doch immer zu bedenken, daß zu dem jetzigen Theatersaal und dem Gartensaal doch nur kleinere Nebenräume, wie etwa ein solcher anstelle der jetzigen Bühne erstehen wird, kommen dürften, also niemals ein Saal geschaffen werden könnte, der dem großen Schützenhofsaal irgendwie Abbruch täte. Der Magistrat hat doch von Anfang an das Projekt des Bürgerschützenkorps warm gefördert, und er wird auch in Zukunft mit dem Bürgerschützenkorps Hand in Hand gehen, und was die Stadt dem Schützenhof an Festlichkeiten überweisen kann, wird sie gern abgeben.

Stadtv. Gaßmann wendet sich zunächst mit aller Entschiedenheit gegen die Anregung des Stadtv. Löffken, die Grundstücke heute anzukaufen, wegen ihrer Verwendung zum Theater- oder Tonhallenneubau. Man dürfe heute die Grundstücke nur kaufen, wenn man über ihre Verwendung im klaren sei. (Sehr richtig). Redner bittet, um den in der Bürgerschaft umlaufenden falschen Gerüchten wirksam entgegenzutreten, die Debatte recht weit auszuspinnen, und das Für und Gegen eingehend zu besprechen, damit die Bürgerschaft aufgeklärt wird. Es sei dieses die wichtigste Vorlage, die das Kollegium seit Jahren beschäftigt habe; deshalb solle man sie nicht überstürzen, sondern in Ruhe abwägen. Redner gibt dann einen historischen Überblick über die Entwickelung der Tonhallenfrage und verweilt dabei, namentlich bei den Vorgängen der letzten Zeit, den Beratungen in der Kommission über das vorliegende Projekt. Erwähnenswert daraus ist, daß Redner als Mitglied der Tonhallenkommission, für das Projekt ist, aber auch für den Ankauf und Niederlegung des Mense'schen Grundstückes, trotzdem der Preis ein unverhältnismäßig hoher sei. Man habe aber keine Aussicht, es billiger zu bekommen und es würde unästhetisch wirken wenn es stehen bliebe. Er sei gern bereit, sich noch umstimmen zu lassen, wenn ein anderer besserer Vorschlag gemacht werden könne. Er glaube aber nicht, daß das geschehen könne. Suche und kaufe man ein Grundstück außerhalb der Promenade, so müsse man vorab mit einem Grundstücksankaufpreis von über 200 000 Mark rechnen. Dazu kämen dann die hohen Baukosten der Festhalle und der notwendigen Nebensäle. Dann habe man aber das Lortzingtheater immer noch unwirtschaftlich da liegen. Es erscheine heute zwar richtiger, wenn man damals den Ankauf nicht getätigt habe und die in der Saalbaugesellschaft steckende Hypothek hätte schießen lassen. Doch sei heute daran nichts mehr zu ändern. Redner empfiehlt aus allen Gründen den Ankauf der Grundstücke und Errichtung der Tonhalle dort und behält sich vor, auf Einzelheiten noch zurückzukommen.

Stadtv. Dortants ist aus allen in den Magistratsschreiben eingehend dargelegten Gründen für das Projekt. Er ist auch für den Ankauf des Menseschen Grundstückes trotz des hohen Preises, und spricht die Hoffnung aus, daß der Besitzer sich durch den Verlauf der Besprechung bewegen lassen werde, den Preis noch herabzusetzen. (Widerspruch). Redner erinnert daran, daß die provisorischen Pläne des Stadtbauamts schon dargetan hätten, daß sich dort etwas Gutes schaffen lasse. Aber wenn der Bau beschlossen werde, dann wünsche er, daß ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen erlassen werde. Wenn man so viel Geld in ein Projekt hineinstecke, dann komme es auch auf die Preise nicht an. Dann bekomme man andere Ideen und vielleicht noch was Schöneres. Man müsse bedenken, daß man nicht nur für die jetzige Generation baue, sondern auch unsere Nachkommen an diesem Werk ihre Freude haben sollten.

Stadtv. Kahle hofft, daß durch die heutige Aussprache alle Beunruhigung in der Bürgerschaft schwinden wird, denn alle Besorgnisse, die vor allem auch in den Kreisen des Bürgerschützenkorps herrschen, sind unbegründet. Die Festhalle soll durchaus keine Konkurrenz werden für den Schützenhofsaal. Redner, der früher Gegner des in Betracht kommenden Platzes war, ist in der Vorbesprechung der Überzeugung geworden, daß die Festhalle hier gebaut werden muß, auch wegen der geringeren Kosten. Wird die Festhalle hier gebaut, dann fällt auch das in der Eingabe des Wirtevereins ausgesprochene Bedenken fort, daß die Stadt sich gewissermaßen ein Saal-Monopol sichere. Das würde der Fall sein, wenn die neue Festhalle an anderer Stelle errichtet würde. Ferner ist es nicht wahr, daß die Tonhalle für die oberen Zehntausend bestimmt sei. Im Gegenteil, gerade der minder bemittelten Bürgerschaft soll in Zukunft Gelegenheit geboten werden, für wenig Geld gute Musik zu hören. Redner ist gegen den Ankauf des Mense'schen Grundstückes, befürwortet aber im übrigen warm den Bau der Tonhalle. Münster habe immer die löbliche Politik der Anziehung befolgt. Wolle es dieser Politik treu bleiben, dann müsse es auch etwas bieten. Denn vermögende Leute zögen nicht nach Münster des teuren Gases und der teuren Elektrizität wegen (Heiterkeit), sondern blieben in Handorf oder Hiltrup, wenn Münster nichts böte. Wir stehen hier vor einer Notwendigkeit. Münster muß seinen alten Ruhm und Ruf wahren.

Stadtbaurat Schirmeyer bestätigt dem Vorredner, daß das sogenannte große Projekt sich von dem kleinen Projekt nur dadurch unterscheidet, daß es mehr freien Platz vor und hinter dem Gebäude vorsieht. Die Dimensionen der Räume bleiben die gleichen. Richtig ist auch, daß die reinen Baukosten, abgesehen von den Grunderwerbskosten, um 60- bis 70 000 Mark höher sind. Bei dem kleinen Projekt bleibt genügend freies Vor- und Hinterland. Die Frage, ob nicht doch das Theater dorthin gebaut werden könne, verneint Redner entschieden. Wolle man das Theater dort errichten, dann

müßte man mindestens noch einen Streifen von 15 Metern von der Hörsterstraße und die Brüggemannsche Besitzung an der Voßgasse haben.

Stadtv. Falger: Nach den vielen schönen Worten wird es mir schwer, gegen das Projekt zu stimmen. Ich muß es aber doch tun, und zwar aus dem Grunde, weil das Projekt zu teuer ist. Als wir den Saalbau auf dem Schützenhof beschlossen, legten wir uns zwar auf die Vorlegung eines Planes der Tonhalle fest. Wir dachten aber nicht, daß uns die neue Tonhalle auf 1 215 600 Mark zu stehen kommen würde. Die Grundstücke sind viel zu teuer, namentlich das Mense'sche. Aber auch die anderen Kosten sind viel zu teuer. 285 000 Mk. kosten uns die Grundstücke für das große Projekt mit Umschreibungsgebühren usw. Das Lortzingtheater steht mit 650 000 Mark zu Buche; wir können es aber nur mit 350 000 in dieses Projekt mit aufnehmen. Das Mobiliar für die 4 Säle ist mindestens mit 50 000 Mark zu veranschlagen, die Umbaukosten des jetzigen Foyers usw. 60 000 Mark. Alles in allem rechne ich eine Baukostensumme von 1 215 600 Mark heraus, deren Verzinsung und Amortisierung unseren Etat mit jährlich 80 000 Mark belasten würde, was einen Steuerzuschlag von mindestens 9 Prozent bedeuten würde. Das kann ich meinen Mitbürgern nicht zumuten, und das ist auch der Grund, weshalb ich gegen das Projekt bin. Ich hatte in den Vorbesprechungen schon den Vorschlag gemacht, das Lortzingtheater abzubrechen und auf den Platz die Tonhalle zu setzen. Dann könnten die Zivilklubräume als notwendige Nebenräume in Benutzung genommen werden. Wenn dabei auch die Miete für den Zivilklub wegfällt, so würden wir doch noch billiger wegkommen, wenn wir uns etwas bescheiden. Daß wir mit den 4 Sälen unseren Wirten arge Konkurrenz machen, ist klar, der Ansicht bin ich stets gewesen. Der Magistrat will die Gesellschaften aus dem Militärkasino in die neue Tonhalle ziehen. Glauben Sie nicht, daß die mit Pauken und Trompeten sofort dort ihren Einzug halten. Der Pächter der Tonhalle muß die Flasche Wein mindestens um 1 Mark teurer verkaufen, wie im Kasino, um bestehen zu können. Das ist auch von sehr großer Bedeutung. Aus reiner Liebe zur Stadt werden die Gesellschaften dem Rufe nicht folgen. Ich bin der Ansicht, daß die neue Tonhalle gar nicht mitten in der Stadt zu liegen braucht, das ist auch in anderen Städten nicht der Fall. An irgendeiner Stelle der Neustadt werden wir wohl noch einen billigeren Bauplatz finden. Zum Schluß wirft Redner die Frage auf, ob denn der Rathaussaal, der doch so lange Jahre genügt habe, jetzt mit einem Schlage völlig außer Benutzung gesetzt werden solle. Jetzt, wo der Saal elektrische Beleuchtung habe, falle das Moment der Feuergefährlichkeit zum großen Teile fort und er könnte ruhig für eine oder andere Festlichkeit hergegeben werden. Redner schließt, daß er für den Bau einer Tonhalle in bescheidenem Rahmen sei, aber gleichzeitig für den Bau eines neuen Theaters, und bringt einen Antrag ein: „Das Kollegium lehnt den Antrag des Magistrats wegen der allzu hohen Kosten ab und ersucht den Magistrat, bald eine Vorlage zur Erbauung eines Festsaales, sowie eines Stadttheaters zu machen."

Bürgermeister Dieckmann tritt der von Herrn Falger aufgestellten Berechnung entgegen und betont nachdrücklich, daß ein billigeres Projekt als das vom Magistrat vorgeschlagene nicht zu bekommen sein würde. Der Rathaussaal solle der eigentliche Repräsentationsraum der Stadt bleiben, die neue Festhalle aber vor allem auch für jene Veranstaltungen bestimmt sein, für die grundsätzlich der Rathaussaal nicht hergegeben werde. Endlich aber komme dann der Musikverein auch aus seiner Not heraus und erhalte mehr Bewegungsfreiheit. Denn es sei ja gerade das Bestreben des Musikvereins, auch der Bürgerschaft und dem kleinen Manne gute, billige Konzerte zu bieten, und er (Redner) sei ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß der Verein in Zukunft jeden Winter gern auch zwei bis drei große Volkskonzerte in dem neuen Schützenhofsaale veranstalten würde. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Schmedding erklärt sich für den Ankauf der Westbunkschen und Menseschen Besitzung. Es sei bei den örtlichen Verhältnissen andernfalls nicht möglich, dort eine ausreichende Anfahrt zu schaffen, zumal das Gefälle von der Martinistraße zur Neubrückenstraße recht stark sei und auch ein totes Geleise für die wartenden Straßenbahnwagen geschaffen werden müsse. Dann aber würde vor allem die Mensesche Besitzung die Schönheit der ganzen Festhallenanlage stören und beeinträchtigen, und über kurz oder lang würde die Stadt dann doch die Besitzung erwerben müssen. Bei einem Kostenaufwande von 1 200 000 Mk. — Redner stimmt der Rechnung des Herrn Falger zu — könne der an sich ohne Zweifel übermäßig hohe Preis für die Mensesche Besitzung nicht ausschlaggebend sein. Herr Schmedding stellt einen Ergänzungsantrag zu dem Magistratsantrag des Inhalts, daß auch die Mensesche und Westbunksche Besitzung angekauft und daß zur weiteren Förderung des Baues eine freie Konkurrenz ausgeschrieben werden solle.

Wegen der vorgerückten Zeit werden mehrfach Schlußrufe laut. Die Debatte schließt, obschon sich noch mehrere Herren zum Wort gemeldet haben.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 8½ Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

Gerichtszeitung.

Strafkammer in Münster.

○ **Neubeckum**, 31. Jan. (Zwei Monate Gefängnis) diktierte heute die Strafkammer dem oftmals vorbestraften Arbeiter Sl. zu. Nach seinem Geständnis entwendete Sl. einem Kaufmann, der sein Fahrrad vor einem Hause hingestellt hatte, eine Fahrradlaterne. In Ennigerloh stahl er einem Italiener ein Portemonnaie mit 2,50 Mark Inhalt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 6 Monate Gefängnis.

⊡ **Essen**, 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Ein Spionageprozeß begann heute vor der hiesigen Strafkammer. Angeklagt ist der Polizeikommissar a. D. Emil Reich, früher in Hamburg wohnhaft. Aus welchen Gründen der Prozeß nicht in Leipzig zur Verhandlung kommt und die eigentlichen Gründe der Anklage entziehen sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Als Sachverständige wohnen drei Marineoffiziere der Verhandlung bei. Nur einige Zeugen sind geladen, darunter der jüngst vom Reichsgericht wegen Spionage zu 7 Jahren verurteilte englische Schiffshändler Schultz. Nach Verlesung des Anklagebeschlusses wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Gleichzeitig kündigte dieser an, daß er einen weiteren Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Urteilsbegründung stellen werde. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 49a des Strafgesetzbuches zu einem Jahr sechs Monaten verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Vermischtes.

* **Mannheim**, 29. Jan. Das Unglück, das sich am Samstag im städtischen Gaswerk zutrug, hat ein zweites Menschenleben gekostet. Während der eine der abgestürzten Monteure, Peter Michel, auf der Stelle tot war, starb der zweite, Peter Kinzinger, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, im Allgemeinen Krankenhaus.

* **Aus der Pfalz**, 28 Jan. 58 Schafe wurden letzte Nacht in Kollweiler, wahrscheinlich von großen Hunden zerrissen. Viele mußten sofort geschlachtet werden; auch die übrigen werden wohl kaum zu erhalten sein. Nach einer späteren Meldung sind von 260 Schafen 60 getötet worden.

* **Rotterdam**, 30. Jan. Vor einigen Monaten brach der berüchtigte Rotterdamer Verbrecher, der Schneider Marius Devos, aus dem Scheveninger Gefängnis, wo er eine längere Strafe zu verbüßen hatte, aus. Seine Spur wurde von Polizeihunden verfolgt, aber sie verlor sich an einer Stelle, wo er vermutlich in eine ihn erwartende Kraftdroschke gestiegen war. Vor einigen Tagen erhielt die holländische Justiz aus Paris die Nachricht, daß Marius Devos dort verhaftet worden sei und deshalb ausgeliefert werden solle. Gestern ist Devos jedoch aus seinem Pariser Gefängnis entwischt. Der Bruder des Verbrechers, Maurice Alexander Devos, der bei der Flucht Beihilfe geleistet hatte, wurde nach heftigem Widerstand verhaftet. Er gestand, daß er auch die Flucht seines Bruders aus dem Gefängnis in Scheveningen begünstigt hatte und ihn im Aeroplan über die holländische Grenze geführt habe. Marius Devos hatte vorher das Fliegen erlernt und betätigte sich vor kurzem auch als Mechaniker an einem aviatischen Wettkampf in s'Hertogenbosch. Nach dem holländischen Gesetz ist die einem Gefangenen bei seiner Flucht von Verwandten geleistete Beihilfe nicht strafbar, so daß er nur wegen der Begünstigung der Flucht seines Bruders in Paris gerichtlich zu belangen wäre.

* **Paris**, 31. Jan. (Drahtb.) Ein Verbrecher griff heute morgen in der Rue Maslay den Kassierer, Gouppellier, der Societe Celluloid, an und warf ihm Pfeffer in die Augen. Er versetzte ihm einen Schlag auf den Kopf und den Magen und raubte ihm die Geldtasche mit 150 000 Francs. Der Angreifer ist entkommen.

* **Petersburg**, 31. Jan. Die Hauptverwaltung für Landwirtschaft hat beim Verkehrsministerium beantragt, zur Regulierung des Holzhandels mit Deutschland Holzhäfen auf der Weichsel und dem Njemel einzurichten.

Luftschiffahrt.

sr. **Die Propositionen für den Oberrheinischen Zuverlässigkeits-Flug**, der im Frühjahr dieses Jahres von dem Kartell Südwestdeutscher Luftfahrtvereine unter dem Protektorat des Prinzen Heinrich abgehalten werden soll, wurden, wie bereits kurz mitgeteilt, in einer unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich von Preußen im Kaiserlichen Automobil Club zu Berlin abgehaltenen Sitzung durchberaten und festgelegt. Es wurde zunächst beschlossen, den Flug in der Zeit vom 12. bis 25. Mai abzuhalten und sechs Etappen vorzusehen, an denen besondere Schauflüge stattfinden sollen. Diese sollen jedoch nur von besonderen Fliegern bestritten werden, während die Teilnehmer an dem Oberrheinischen Zuverlässigkeitsflug zu den Schauflügen nicht startberechtigt sein sollen. Überhaupt soll der Oberrheinische Flug nur einer beschränkten Zahl von Fliegern zugänglich sein, und zwar nur sogenannten Herren-Fliegern, d. h. Offiziers-Flieger, seien es nun aktive oder inaktive Offiziere, und Fliegern, die in keinem Verhältnis zu Fabriken stehen. Dementsprechend sollen auch keine Geldpreise, sondern nur Ehrenpreise gegeben werden. Diese Teilnehmer sollen höchstens durch je einen Monteur unterstützt werden. Zu diesem Zweck wird das Komitee offizielle Begleitautomobile zur Verfügung stellen. Dem Vernehmen nach werden sich auch voraussichtlich drei Lenkballons, allerdings außer Konkurrenz, an dem Oberrheinischen Zuverlässigkeitsflug beteiligen. Meldeschluß für die Teilnehmer an den Etappenflügen ist am 12. April, für die Teilnehmer an den Schauflügen am 27. April. Prinz Heinrich überreichte in der Sitzung dem Komitee gleichzeitig den von ihm gestifteten Prinz-Heinrich-Preis der Lüfte.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 31. Jan. (Drahtb.) Das Kronprinzenpaar hat heute nachmittag 3½ Uhr die Reise nach der Schweiz angetreten.

Brüssel, 31. Jan. (Drahtb.) Die Grubenbesitzer in der Borinage haben die Vermittelungsvorschläge des Ministerpräsidenten zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks abgelehnt.

Lissabon, 31. Jan. (Drahtb.) (11,40 Uhr vormittags.) Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen sichern die persönliche Freiheit, die Arbeit und öffentliche Ordnung. Die Staatsbahnen haben den Verkehr wieder aufgenommen. Die Blätter erschienen heute nachmittag wieder. Heute sind anläßlich des Jahrestages der Proklamierung der Republik alle Läden geschlossen.

Auch heute durchziehen Patrouillen die Straßen, die wieder den gewohnten Anblick bieten. Die Zahl der in der Nacht, vornehmlich in der Nähe des Sitzes des Arbeitersyndikates, vorgenommenen Verhaftungen beträgt tausend. In Coimbra überfielen die Ausständigen eine Fabrik und bewarfen die einschreitenden Polizeibeamten mit Steinen, denen es gelang, die Ruhe wiederherzustellen.

Lissabon, 31. Jan. (Drahtb.) Während die Zeitungen heute nicht erscheinen, ließ die Regierung mit Automobilen eine Note verbreiten, in der über den Verlauf der Ereignisse berichtet wird.

Nach Aufhebung der konstitutionellen Garantien habe man bestimmte kompromittierte Persönlichkeiten verhaftet und in den Wohnungen der Führer der Syndikalisten Bomben beschlagnahmt. Das Gebäude der Vereinigung der Syndikate sei von Feldartillerie und Infanterie belagert worden. An die Syndikalisten sei die Aufforderung ergangen, sich binnen einer Viertelstunde zu ergeben, widrigenfalls Gewalt angewendet werden würde. Darauf hätten sich die Syndikalisten ergeben und 600 seien auf Kriegsschiffe gebracht. Weiter wird in der Note gesagt, daß die Bewegung, in welche man die ehrlichen Arbeiter von Lissabon habe verwickeln wollen, von den Syndikalisten, die in inniger Verbindung zu den Anarchisten ständen, vorbereitet und mit monarchistischem Gelde unterstützt worden sei.

Handel und Industrie.

Osnabrücker Bank und die Zeche Glückauf-Segen. Die Hannoversche Bank schreibt in ihrem Jahresbericht: „Die uns befreundete Osnabrücker Bank sieht sich zwecks Regulierung ihres Engagements bei der Zeche Glückauf-Segen zu einer (unserer Ansicht nach) einmaligen Reduktion ihrer Dividende auf 4 Prozent veranlaßt. Die Zeche Glückauf-Segen arbeitet erfreulicherweise seit einem halben Jahr mit Überschüssen." (Die Osnabrücker Bank hatte bekanntlich am 22. August 1911 angekündigt, sie werde mit Rücksicht auf ihr Glückauf-Segen-Engagement nur 4 Prozent Dividende pro 1911 verteilen gegen 7,50 Prozent im Vorjahre, wobei noch die Spezialreserve eine Beisteuer zu leisten haben werde.)

Hibernia, Bergwerks-A.-G. in Herne. Der Bruttoüberschuß der Hibernia für das 4. Quartal 1911 betrug 2 894 355 Mark im Vorquartal 2 565 916 Mark und im 4. Quartal 1910 2 958 527 Mark.

Hannoversche Bank, Hannover. Nach dem Geschäftsbericht für 1911 ist der Umsatz nur um 140 auf 5649 Mill. Mk. (i. V. um 615 auf 5509 Mill. Mk.) gestiegen. Es wird dies darauf zurückgeführt, daß die erhebliche Anspannung des industriellen Kredits bei der herrschenden politischen Unsicherheit zur Zurückhaltung mahnte und Geschäfte, denen man in normalen Zeiten gern näher getreten wäre, zurückgestellt oder ganz abgelehnt werden mußten, um die Flüssigkeit nicht zu stark zu beeinträchtigen. Auch eine gewisse Nervosität des Publikums wirkte lähmend auf den Geschäftsgang. Es betrug der Umsatz im Jahre 1911 5 649 039 676 (5 509 941 728) Mk. Vereinnahmt wurden Zinsen und Gewinn auf Wechsel 679 578 (870 851) Mk., Zinsen auf Pfandgeschäfte 259 180 (233 846) Mk., Zinsen in laufender Rechnung, abzüglich verausgabter Zinsen, 994 412 Mark (802 940 Mk.), Zinsen und Gewinn auf Wertpapiere und Gemeinschafts-Geschäfte 1 095 441 (1 193 076) Mk., Gebühren 1 106 760 (1 057 128) Mk., Gewinn auf Sorten und Aufgeld 24 686 (22 907) Mk., Vortrag 583 804 (422 821) Mark, zusammen 4 743 861 Mark (4 603 569 Mk.). Dagegen erforderten Steuern 274 342 (236 707) Mark, sämtliche Verwaltungskosten, einschließlich der Gewinnanteile, 957 987 (898 506) Mark. Der Reingewinn beträgt dann 3 511 582 (3 469 354) Mark. Folgende Verteilung wird vorgeschlagen: 7,50 Prozent Dividende gleich 2 250 000 Mark (wie i. V.), zur Sonderrücklage 300 000 (420 000) Mark, Abschreibung auf Grundstücke 66 924 (54 641) Mark, Gewinnanteile des Aufsichtsrats 160 766 (160 909) Mark, so daß 733 893 Mark als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben. Die Rücklagen betragen dann 7 800 000 Mark bei 30 Millionen Mark Aktienkapital.

Telegraphischer Bericht der Berliner Kursbörse.

Tendenz. Bei Beginn des heutigen Börsenverkehrs lag wieder eine Reihe von Meldungen aus der Eisen- und Kohlenindustrie vor, die der Spekulation Anregung boten, so die Verlängerung des Oberschlesischen Stahlwerksverbandes, die Mitteilung von der sehr starken Beschäftigung der Oberschlesischen Walzwerke, die Beilegung der Differdinger Streikbewegung, die angeblich bevorstehende Preiserhöhung der Lothringisch-Luxemburgischen Roheisengruppe, außerdem übte die gestrige Festigkeit Newyorks einen vorteilhaften Einfluß auf die Stimmung im allgemeinen aus. Der Ausweis des amerikanischen Stahltrusts blieb einflußlos, da er keine Überraschung bedeutete. Die Kauflust beschränkte sich aber auf die berufsmäßige Spekulation. Immerhin erfuhren jedoch einzelne Montanwerte ansehnliche Kurserhöhungen, wie namentlich Rombacher, die sich um 1,25 Prozent höher stellten. Bezüglich Gelsenkirchener wurden Gerüchte angeführt, daß die Gesellschaft einen Gaskohlen-Lieferungsvertrag mit der Stadt Paris bei einer Preiserhöhung um 1½ Franks abgeschlossen habe. Außer den Montanwerten waren auch die Schiffahrtsaktien, Elektrizitätswerte und Banken gebessert. Von letzteren waren wiederum Berliner Handelsgesellschaft bevorzugt auf Grund von günstigen Gerüchten über den Jahresabschluß. Canada-Aktien folgten der Aufwärtsbewegung in Newyork. Auch Prinz Heinrichbahn machten auf die günstigen Nachrichten aus der Eisenindustrie ihren Einfluß geltend. Es stellte sich aber bald heraus, daß das Privatpublikum wenig Neigung zur Beteiligung am Geschäft zeigte. Der Mangel an Aufträgen von dieser Seite führte zu einer Erschlaffung unter deren Druck sich die Kurserhöhungen nicht in vollem Umfange behaupten konnten. Namentlich gilt dies von Montanpapieren. Die feste Grundstimmung erwies sich aber als kräftig genug, um eine erhebliche Abschwächung zu verhüten. Mehrfach sind auch weitere Besserungen zu verzeichnen. Tägliches Geld 4 bis 3,50 Prozent.

Um die Mitte der 2. Börsenstunde wurde die Stimmung durchweg recht fest, weil nach einem an der Börse verbreiteten Gerüchte im Monat Mai ein Besuch des Königs von England in Berlin in Aussicht steht. Auch erwartet man für morgen eine Londoner Diskontermäßigung.

In der 3. Börsenstunde wurde das Geschäft wieder stiller. Die Tendenz blieb aber fest. Lebhaft war aber der Elektrizitätsmarkt. Namentlich A. E. G.-Aktien waren begehrt. Baltimore waren auf Käufe des Privatpublikums anziehend. Der Kassamarkt der Industriewerte war fest.

Kassabörse.

	30./1.	31./1.
Wechsel Amst. k.	[illegible]	000,00
" Belg. Pl. k.	80 44	80 95
Check London	205 10	205 15
" Paris	81 28	81 25
Wechs. Wien	84 98	84,95
" Ital. Pl. k.	81 10	81 10
Russ. Noten	216 80	216 60
Privatdiskont	3¼	3
4% D. Reichsanl.	101,80	101,80
3½% "	91,25	91,20
3% "	82 40	82,40
4% Pr. Konsols	101,80	101,80
3½% "	91 25	91,20
3% "	82 30	82,30
Bayer. Handelsb. Pfdb. unk. 1912	100 10	100,10
Berl. H. P. abg.	96 20	96,10
do.	83,75	88,75
Rh.-Westf. B.-Pf. X. unk. 10	98 40	98,50
Westd. B.-Cr.-Pf. 6	98,50	98,50
do. 3, 4	90 00	90,10
Pr. Centr. Bd. 1890	98,60	98,50
do. 1899 01. 03 unk. 12	98,60	98,60
" 1886, 89, 94, 96	88,75	88,70
" 1901 unk. 13	89,30	89,30
Pr. Pfdbr. Br. 25 unk. 14	98,30	98,50
do. 27 unk. 15	99,00	99,[illegible]0
do. 28 unk. 1917	99 30	99,30
do. 29 unk. 1919	99,30	99,30
do. 30, 31 unk. 20	[illegible]	[illegible]
do. 26 unk. 14	92,50	92,[illegible]0
do. 24 unk. 1912	88,60	89,75
Pr. Con. Ser. 6, 7 unk. 17	100,20	100,25
do. 8 unk. 18	100,50	100,50
do. 9 unk. 20	10[illegible],80	10[illegible],80
Argt. Gd. A. inn.	000,00	000,00
Italien. Rente	000,00	00,00
Rumänien 1889	101,10	98,30
Rumänien 1893	00,00	00,00

	30./1.	31./1.
Span. Auss. Sch.	00,00	00,00
Ung. Goldrente	92,40	92,40
Schatzscheine	100,20	100,10
Sächs. Rente	81 90	81,80
Rh.-W. Rentenbr.	100 30	100,25
" "	90,00	89,90
Rhein. XX-XXI	100,10	100,10
do. XXII-XXIII	96,00	96,00
" III-VII, X, XII-XVII, XXIV-XXVII, XXIX, XXVIII 16	89,90	89,90
XVIII	86,90	86,90
IX, XI, XIV	83,50	83,50
W. Prov.-Anl. III unk. b. 1909	100,20	100,10
do. IV " u. V 1915	100,90	100,90
do. IV 09		
do. II, III, IV, IV, VIII, X (15)	89,20	89,20
do. II	82,00	82,00
Dortm. St.-Anl.	99,75	00,00
Münster. Stadt-Anleihe	00,00	00,00
Westf. Pfdbr. 3½%	00,00	00,00
" " 4%	99,[illegible]0	99 60
Köln-Mind. Pl.-Al.	136,60	136,[illegible]
Ostafr. Zolloblig.	94,75	94,00
Barmer Bankv.	122,60	122,20
B.-M. Bk. Elbf.	152,50	152,70
Berl. Handelsges.	173,75	174,30
Komm. & Diskb.	116,50	116,75
Deutsche Bank	267,10	26[illegible],60
Diskonto-Komm.	1[illegible]2,25	192,75
Dresdener Bank	161,00	16[illegible],40
Essener Bankv.	125,90	126,00
Ess. Kreditanst.	16[illegible],75	16[illegible],75
Mittelrh. Bank	109,50	109,00
Märk. Bank	102,80	10[illegible],80
Osnabr. Bank	126,00	12[illegible],50
Rheinische Bank	107,50	107,50
Rh. Diskont.-Ges.	125,00	125,00
Schaaffh. Bv. alte	136,00	136,25

Nachbörse.

	30./1.	31./1.
Österr. Kredit	206,50	206,25
Berl. Handelsges.	174,15	174,65
Commerz-Disk.-B.	116,75	116,65
Darmst. Bank	12[illegible],50	126,50
Deutsche Bank	2[illegible],85	2[illegible]8,15
Disk. Kommandit	192,[illegible]	1[illegible]2,75
Dresdener Bank	161,30	161,65
Nationalbank	127,[illegible]0	127,3[illegible]
Schaaffh. Bankv.	13[illegible],25	135,25
Russische Bank	161,30	162,65
Wiener Bankv.	000,00	000,00
Lübeck Büchner	000,00	00[illegible],00
Österr. Staatsbahn	158,85	000,00
do. Südbahn	18,75	18,75

	30./1.	31./1.
Annatolier 60%	000,00	000,00
Baltimore & Ohio	1[illegible]5,00	105,30
Kanada Pacific	231,8[illegible]	232,30
Orientbahn	1[illegible]5,50	155,00
Gotthardtbahn	000,00	000,00
Ital. Meridionalb.	118,[illegible]0	118,[illegible]0
do. Mittelmeerb.	00,00	00,00
Pennsylvania	119,30	000,00
Luxemb. Pr. Heinr.	157,00	15[illegible],30
Warschau Wiener	000,00	000,00
3% D. Reichsanl.	82,25	82,25
4½% Japaner 1905	00,00	00,[illegible]0
4% Russ. Anl. 1902	91,25	91,30
Türkische Lose	17[illegible],50	173,00

	30./1.	31./1.		30./1.	31./1.
Bochum. Gussstahl	229,50	2[illegible]0,15	Harpener	201,25	201,[illegible]0
Deutsch-Luxbg. V.	192,00	192,[illegible]5	Grosse Berl. Str.-B.	193,65	194 00
Dortmd. Union C.	000,00	000,00	Hambg. Packetf.	148,85	144,20
Laurahütte	181,80	1[illegible],15	Hansa Dampfschiff	219,15	218,75
Rheinisch. Stahl	172,50	172,75	Nordd. Lloyd	105,75	106,55
Consolidation	000,00	000,00	Trust Dynamit	187,75	187,3
Gelsenkirchen	2[illegible]6,25	207,65	Allg. Elektr.-Ges.	264,75	266,50

Tendenz: fest.

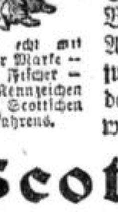
Produktenbörse.

Berlin, 31. Januar.
Weizen: Mai [illegible]18,00, Juli 000,00.
Roggen: Mai 198,50, Juli 195,75.
Hafer: Mai 196,75, Juli 196,50.
Mais: amerik. mixed Mai 000,00, Juli 160,75.
Rüböl: Mai 64,40.
Weizenmehl 25,00 bis 28,50.
Roggenmehl 22,30 bis 24,90.

Tendenz. Das Geschäft am Getreidemarkt war wieder außerordentlich träge. Weizen behauptete zunächst den gestrigen Stand, gab aber später infolge der mangelnden Beteiligung nach. Für Roggen bestand wieder etwas Exportbegehr. Futterartikel und Rüböl blieben ziemlich behauptet. Wetter: Schnee.

Hauptredakteur: Rudolf Striethol̈t. Verantwortlich für Politik: Dr. P. Düders; für das Feuilleton: Dr. Fr. Castelle; für den übrigen Teil: Paul Koene; für die Reklamen und Inserate: Anton Busch, sämtlich in Münster. — Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchhandlung in Münster.

Tagtäglich



Nur echt mit dieser Marke — dem Fischer — dem Kennzeichen des Scottschen Verfahrens.

wird uns bestätigt, von welch wohltuender Wirkung Scotts Emulsion für zahnende Kinder ist. Und die Erklärung dafür? Scotts Emulsion enthält in der feinsten Form die zur Bildung gesunder, kräftiger Zähnchen nötigen Aufbaustoffe, stärkt aber auch gleichzeitig den jugendlichen Körper in nachhaltiger Weise, so daß er die Mühen des Zahnens unbemerkt überwindet. Selbst die Allerkleinsten nehmen

Scotts Emulsion

gern und vertragen sie gut.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Lebertran 150,0, prima Glyzerin 50,0, unterphosphorigsaurer Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natron 2,0, pulv. Tragant 3,0, feinster arab. Gummi pulv. 2,0, Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultheriaöl je 2 Tropfen.

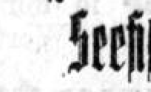
Domherren-Märzen



In Syphon pro Ltr. 50 Pfg.
1 gr. Flasche 20 „
1 kl. Flasche 15 „
franko Haus.

Germania = Brauerei
F. Dieninghoff, Münster.

Kinderaussteuer kaufen Sie gut u. billig bei **Werner Hüsing.**



Fluß- und Seefische
— aller Arten, —
— empfiehlt in prima Qualität
Hamburger Fischhandlg.
Neubrückenstraße 2.
Filiale: Ludgeristraße 4.
— Fernsprecher 197. —

Unwiderruflich am 10. u. 12. Febr. Ziehung
Grosse Westfälische
Lotterie
Lose à 1 Mk. 11 Lose 10.- Mark. Porto u. Liste 30 Pf. extra. 1316 Gew. Mk. W.
15000
8 grosse Gewinne
10000
5000
3000
2. Hauptgew. 1. Hauptgew.
Lose empfiehlt und versendet Lose-General-Debit
August Rolef, Münster i. Westf. Fernspr. 235
Telegr.-Adr.: Geldquelle.

Gartenbaukurse

Zur praktischen und theoretischen Erlernung der Gartenbaukunst, Blumenpflege, Obst-, Gemüsebau werden mit Berücksichtigung von Ferien folgende Kurse abgehalten:

a. Kursus für Baumschnitt	1. März—1. April	2mal wöchentl.	10 M.
b. Kursus	1. April—1. Okt.	4 " "	60 M.
c. Kursus	1. April—1. Okt.	2 " "	30 M.
d. Kinderkursus	15. April—1. Aug.	2 " "	20 M.
e. Ferienkurse I. für die Osterferien		3 " "	9 M.
II. für die Sommerferien		3 " "	18 M.

Anmeldungen werden jederzeit schriftlich und mündlich bei Frau Kaempf, Schwelingstr. 13, entgegengenommen, daselbst auch jede nähere Auskunft.

Rheinisch-Westf. Frauenverband,
Ortsgruppe Münster.

B. Engelhard
Ludgeristrasse No. 73.
Gegr. 1850. Fernruf 1102.
Erstes **Spezialhaus** für ff. solide
Lederwaren, Reise-Artikel, Muster-Koffer u. -Mappen, Reit- und Fahr-Geschirre, Jagd-Artikel.
Extra-Anfertigungen in eigener **Sattlerei.**
Reparatur-Werkstatt.

Ich kaufe und zahle hohe Preise für getr. Kleider, Schuhe usw.
A. Bienenstock, Ägidiistr. 51. Postkarte genügt.

Wo ißt u. trinkt man gut und billig? Im Speisehaus u. Reformrestaurant, Neustraße 16. 18a. Abonnenten Preisermäßigung.

Großes Grundstück mit massiv. zweist. Wohnhaus, Hintergebäude, große Werkstatt und Lagerräume, Toreinfahrt, zum 1. April ganz oder teilweise zu vermieten od. zu verkaufen. (12a) Näh. A. Rolef, Markt 37.

Bücherschrank mit Glas zu kaufen gesucht. Offert. unt. D 745 an A. Rolef, Markt 37.

Alte Brillantsachen billig abzugeben. Fritz Potthoffs Kunstwerkst., Königstr. 48. Telephon 1759.

Jg. Damen, die sich an einem **englischen Kursus** beteiligen möchten, wollen ihre Adresse unter T W 704 an die Geschäftsstelle abgeben.

Möbl. Zimmer für **Burozwecke** sofort gesucht. Offerten unter M K 900 an das Central-Ztgs.-Bureau.

Blüten-Schleuderhonig, die 10 Pfd.-Dose zu 9,50 Mk. H. Stienewessel, Welbergen.

Fenster f. Mistbeete. Blendl., schwere Hinterräder f. v. R.G.

2 Hunde, 1 eins. Jagdhund und 1 deutscher Schäferhund, 7 Mon. alt, rasserein, zu verkaufen. H. Krumbeck, Westbevern-Brock.

Nutz- und Brennholzverkauf.

Die Frhrl. von Ketteler'sche Forstverwaltung Eringerfeld verkauft am Donnerstag, den 8. Februar 1912, im Schutzbezirk Tinnen:

a) 9½ Uhr morgens im Altenkamp 4: 135 Eichen-, 55 fm Bau- und Nutzholz, 8,5 rm Eichen-Derbholz,
b) anschließend daran im Kortwinkel 19g und Große Busch 15: 8 Buchenabschnitte mit 8,13 fm, 18 rm Birken-Derbholz (Stielholz), 9225 Buschen, 4 rm Eichen-Riegelpfosten,
c) sodann im Jagen 20 (beim Forsthause): 2 Buch.-Abschnitte = 1,35 fm, 71 rm Buch.-Scheit,
d) gegen 3 Uhr nachmittags im Bokort (Jagen 22) ca. 200 fm Kiefern, Bau- und Schneidholz. (3a)

Elegante Rock-Frackanzüge, Cylinder leihweise. Carl Rütter sen., Kr. Timp. 17/19. Beacht. Sie Str. u. Nr.

Eine Handels-Kundenmühle
in industriereichem Gebiet in Westfalen mit 15 Morgen Acker und Wiese ist umständehalber sofort zu verkaufen. Auch eignet sich der Platz zu jedem anderen Betrieb. Große Wasserkraft ist vorh. Antritt nach Vereinbarung. Näh. auf Off. unt. Z 759 an A. Rolef, Markt 37.

Der Verkaufstermin
B. Gudorf-Nienberge findet nicht statt.
Möllers.



nehmen Erwachsene und Kinder meinen feinsten, fast geschmacklosen
Medizinal-Lebertran.
Central-Drogerie
Theodor Koch,
Michaelisplatz 2. a7b

Gebr. Schiebkarren bill. zu verkaufen. Herdestraße 20.

J. Esch
liefert stets frisch:
ff. Heringssalat Pfd. 1.20
„ Ital. „ „ 2.00
„ Schwedische Platten
„ Aufschnittschüsseln.
Rothenburg 47.
Telephon 71.

3

Posten Buxkin für Herrenanzüge, Paletots, Hosen

gelangen von heute an zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zur Auslage. · Es handelt sich bei diesen Stoffen nur um „erstklassige Ware", reinwoll. Qualitäten in allerneuesten Frühjahrs-Dessins.

140 cm breit nur reine Wolle : : : : · Serie I Meter **4.50**

150 cm breit nur reine Wolle . : : . . Serie II Meter **6.50**

150 cm breit nur reine Wolle . . . . . Serie III Meter **7.50**

Diese Stoffe haben einen regulären Wert bis 14.00 Mk. per Meter.

Es wird prima Schneider-Arbeit bei sofortiger Anfertigung gern nachgewiesen.

Besichtigung ohne jeden Kaufzwang gern gestattet.

Salzstrasse 37 nur 1. Etage.

Wolff & Co.

Salzstrasse 37 nur 1. Etage.

ENGLISCH.

Zu den neubeginnenden **englischen** Kursen werden noch Anmeldungen entgegen genommen

Französische Kurse zu jeder Zeit.

Konversation, Literatur, Grammatik usw. j4a

Berlitz school,
Synditatgasse 4.
— Näheres durch die Zeitung. —

Heirat!
Kath. Wwe, Witw., 47 J. a., Bader von mehr. Kind., das jüngste 11 J., Besitzer v. m. Häusern, w. d. Bekanntschaft e. verm. ält. kath. Dame v. 35—45 J., kinderl. Witwe mit Vermögen nicht ausgeschloss. Photogr. erw. Off. u. J T 500 postl. **Hauptbahnhof Bochum.**

Reinleinen, **Halbleinen,**

erprobte Marken, in 75, 83, 140, 150, 160 und 180 cm Breite, für Leib- und Bettwäsche.

Meter 35, 45 und 50 Pfg., besonders kräftige und solide Ware 65 Pfg.

Reste! Reste!

Reinleinen **Halbleinen**

— in Bettuchbreiten zu bedeutend herabgesetzten Preisen. —

Hermann Holtmann,
Kuhstraße 3, Fernruf 800.

Gutgehende Konfituren-Filiale,
verbunden mit Bäckerei und Konditorwaren, passend für einzelne Dame, **zu verkaufen.** Näheres Leostr. 3.

Börsen-Café.

Donnerstag, Freitag und Samstag:
Großes, humoristisches
» Bockbierfest. »
Anfang 8 Uhr.
ff. Bockbier, sowie Bockbier-Zeitungen und -Lieder sind zu haben.
Ab 1. Februar konzertiert im Börsen-Café:
Albin Koch's Salon-Orchester.

Geestemünder  **Fischhandlg.**
am Neuplatz.
Heute und morgen großer billiger Fischverkauf im Hause Bäckergasse 2. Feinste **große, grüne** Heringe, Pfd. nur **10** Pfg.
Geestemünder Fischhandlung Hambrook,
Telephon 366. am Neuplatz, Telephon 366.

Unser diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

beginnt

Freitag, den 2. Februar.

Westfälische Corset-Manufaktur

Helene Davids & Co.

Münster i. W.

Telephon 1391. Salzstrasse 16.

Mathematiker, geprüfter Lehramtskandidat, mit langjähriger Erfahrung erteilt energische
Nachhülfe
Näheres in der Geschäftsstelle.

Tonbild-Theater.

Irrungen Wirrungen.



Donnerstag, den 1. Febr., nachm. 3½ Uhr: a2b
Großes Philh. Konzert
der Inf.-Kap. Leitung: Herr Musikmeister **Günzel.**
Im Progr.: Ouvert. a. d. Trauersp. Robespierre von Litholf. Vorspiel aus Die Meistersinger v. R. Wagner.

Karnevalsfreunde
„Aegidii-Altstadt".
Am **Samstag,** d. 3. Februar
karnevalistische
Sitzung
im Mackenbrockschen Saale (Aegidiistraße). a24
Helau!
Der Elferrat.

Der Fastnachtsball
der Tischlerbruderschaft
findet statt am **Sonntag, den 4. Februar,** im Lokale des Herrn **Hölscher** (St. Mauritz)
Anfang 7½ Uhr.
Wozu freundlichst einladet
Der Vorstand.
Karten sind vorher beim Hrn. **Beisenkötter,** Breitegasse, Hrn. **Tillmann,** Königstraße, und beim Vorstand zu haben.

Bekanntmachung.

Um Verwechslungen zu vermeiden, gebe ich im Interesse des Publikums hiermit bekannt, dass der

Total-Ausverkauf

wegen gänzlicher Geschäfts-Aufgabe

nach wie vor nur → **Salzstrasse 55** ← stattfindet.

Der **gesamte, enorm grosse** Lagerbestand soll schnellmöglichst bis **zum letzten Paar** geräumt sein.

Seltene Gelegenheit
gute, solide, moderne
Schuhwaren
jeder Art
— **enorm billig** —
zu kaufen.



Die Preise sind mit Blaustift
teilweise bis zur
Hälfte
des bisherigen Verkaufspreises
reduziert.

Schuh-Engros-Haus Mombaur, Salzstr. 55
früher **J. Koopmann.**

Mein Inventur-Ausverkauf

beginnt am **Donnerstag, d. 1. Februar** und bietet derselbe **noch nie dagewesene Vorteile.**

Als besonders vorteilhaft empfehle einen **grossen** Posten

Handschuhe

alle Längen, in **Wasch-, Glace-** u. **dänischem Leder** in nur Ia. Qual. von **1.50** bis **4.75** (reeller Wert bis 8.50 Mk).

Krawatten

in allen Fassons, deutsche, Wiener und engl. Fabrikate von Mk. 1.00 b. Mk. 2.75 (reeller Wert bis M. 5.50.)

Sammet-, Brokat- u. **Perl-Taschen** sowie **Gummi-** und **Brokatgürtel** mit **30**% Rabatt.

Oberhemden, Nachthemden, Socken, Taschentücher, Kragenschoner und **bt. Garnituren** zu u. unter Einkaufspreis.

Jos. Wurm
Tiroler Handschuh-Haus
Telephon 1382. Ludgeristr. 24.

Trauring verloren. Gegen Belohnung abzugeben. Näh. zu erfr. i. d. Gesch. d. Bl.

3500 Mk. gegen mehrfache Sicherh. m. hohe Zinsen zu leihen gesucht. Offerten unt. **F F 711** an die Gesch. d. Bl.

Handwerker hat Sonntag von Hammerstraße bis Kiepenkerl **Portemonnaie** mit Geld verl. Geg. Belohn. abz. Hammerstr. 105

Die Verleumdungen, die ich gegen die **Familie Franz Mühring,** Ferdinandstr. 28, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit als unwahr zurück.
Frau Diekmann,
Ferdinandstr. 28.